ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gabanyi, Anneli Ute

Research Report

Die Landwirtschaft im Prozess der EU-Integration Rumäniens

SWP-Studie, No. S 38/2003

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Gabanyi, Anneli Ute (2003) : Die Landwirtschaft im Prozess der EU-Integration Rumäniens, SWP-Studie, No. S 38/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/252487

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Anneli Ute Gabanyi

Die Landwirtschaft im Prozeß der EU-Integration Rumäniens

S 38
September 2003
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen 5

Agrarpolitik in der Erweiterungsdebatte 7

Spezifische Rahmenbedingungen und strukturelle Prägungen 9

Die Transformation der Landwirtschaft nach 1989 11
Restitution: Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft 11
Agrarhandelspolitik 12
Demographischer Wandel: Remigration und Reagrarisierung 13
Technischer Rückschritt nach der Wende 14
Gestörte ökonomische Balance 15

Die rumänische Position bei den Beitrittsverhandlungen 17

Die Strategie des Beitritts zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU 19
Konsolidierung der Betriebsstrukturen 19
Aufbau der Institutionen für die Umsetzung des »acquis communautaire« 21
Anpassung der Außenhandelspolitik an die GAP der EU 23

Chancen und Risiken des EU-Beitritts für die rumänische Landwirtschaft 24
Wettbewerbsschwäche und Standortvorteile 24
Ausblick 26

Anhang 28
Tabellen 28
Abkürzungen 32

Die Landwirtschaft im Prozeß der EU-Integration Rumäniens

Der Beitritt von zehn ehemals kommunistischen Staaten zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu einer Zeit, in der diese Politik unter dem Druck wachsender Budgetprobleme und internationalen Wettbewerbs notgedrungen reformiert werden muß, stellt sowohl die Staaten der »alten« EU-15 als auch die »neuen« Transformationsstaaten vor große Herausforderungen. Das »Dilemma der Gleichzeitigkeit« von Reform, Integration und Transformation erfordert schnelle Lösungen: 2003 wollen sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einigen, für Ende 2004 ist zudem der Abschluß der Verhandlungen im Rahmen der laufenden Doha-Runde der Welthandelsorganisation vorgesehen. Im gleichen Jahr werden acht der zehn Transformationsstaaten der EU beitreten. Rumänien und Bulgarien wollen und sollen 2007 folgen. Der Beitrittsprozeß kann nur gelingen, wenn die spezifischen Gegebenheiten und die entwicklungsgeschichtlichen Besonderheiten des Agrarsektors in den Transformationsstaaten im Zuge ihrer Einbeziehung in die Gemeinsame Agrarpolitik der EU entsprechend berücksichtigt werden.

Die Studie analysiert die Dynamik des rumänischen Transformationsprozesses mit Blick auf landwirtschaftliche Strukturen, Produktion und Agrarhandel und versucht zu ermitteln, wie sich die Einbindung der rumänischen Landwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auswirken wird. Rumänien ist unter den ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten kein Sonderfall. Ähnlich wie in Polen treten hier viele der in den anderen Beitrittsstaaten ebenfalls zu beobachtenden strukturellen und transformationsbedingten Probleme gebündelt, gelegentlich aber auch verstärkt auf.

▸ Rumänien und Polen ist die schiere Größe gemeinsam. Gemessen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der ländlichen Bevölkerung rangiert Rumänien nach Polen an zweiter Stelle unter den 12 EU-Beitrittsstaaten der »Kopenhagener Runde«. Die EU-15 befürchten, daß diese Agrarstruktur finanzielle Belastungen für den EU-Haushalt und soziale Probleme mit sich bringen wird, die mit dem EU-Beitritt dieser Länder importiert werden könnten.

▸ In Rumänien und Polen besonders ausgeprägt ist das jeweils unterschiedlich begründete Strukturproblem der Aufsplitterung der landwirtschaftlichen Flächen, die von einer Vielzahl kleiner Betriebe bewirtschaftet werden. Das belastet zwar die Integration der Landwirtschaft dieser beiden Staaten in die EU, hat aber während der rezessiven Startphase der Transformation sozial stabilisierend gewirkt.

▸ Anders als in Polen, wo es dank des frühen Reformschubs, der frühen Perspektive einer Integration in Nato und EU und massiver ausländischer Direktinvestitionen nach der Wende zu einer gesamtwirtschaftlichen Erholung kam, behinderten in Rumänien der schleppende Reformverlauf, eine jahrelang lahmende Konjunkturentwicklung und der Mangel an ausländischen Direktinvestitionen die Herausbildung wettbewerbsfähiger Strukturen.

▸ Wie Polen verfügt auch Rumänien über ein bedeutendes landwirtschaftliches Potential, sein Agrarsektor bietet überdies gewisse Standortvorteile. Zugleich muß sich das Land aber mit größter Anstrengung um die Anpassung seiner Landwirtschaft an die Erfordernisse der Gemeinsamen Agrarpolitik bemühen. Um die Agrarwirtschaft zu modernisieren und sie zugleich mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU kompatibel zu machen, sollten in Rumänien marktwirtschaftliche Strukturen gefördert und sollte zugleich die umfassende Entwicklung des ländlichen Raums einschließlich des demographischen Wandels betrieben werden. Das bedeutet im einzelnen:

1. **Strukturelle Reformen statt Produktionssteigerungen um jeden Preis.** Die Strategie der Agrarpolitik sollte darauf angelegt sein, die Privatisierung und Restrukturierung im gesamten Agrarbereich zu forcieren, Haushaltsmittel gezielt zur Förderung der wettbewerbsfähigen Teile des landwirtschaftlichen Sektors einzusetzen und Investitionen in die ländliche Infrastruktur zu lenken. Statt auf Direktzahlungen und Beihilfen sollte Bukarest bei den Verhandlungen verstärkt auf Transfers aus den Strukturfonds setzen.

2. **Mehr Markt herstellen.** Das Hauptaugenmerk der Regierung sollte darauf gerichtet sein, so bald wie möglich einen gut funktionierenden Bodenmarkt zu etablieren, die Transparenz und Kontrolle der Märkte zu sichern und Einfuhrbarrieren im Agrarhandel abzubauen, um die Landwirtschaft auf den zu erwartenden Integrationsschock vorzubereiten. Den Unternehmen im ländlichen Raum sollten Finanzierungsmöglichkeiten durch einen besseren Kreditzugang, den Aufbau eines ländlichen Finanzwesens und die Gewährung von Steuervorteilen eröffnet werden. Zusätzlich sollte das Geschäftsumfeld aufgewertet und das Netzwerk für Beratung und Marketinghilfen ausgebaut werden.

3. **Die umfassende Entwicklung des ländlichen Raums sichern.** Für die durch Rationalisierung freigesetzten ländlichen Arbeitskräfte müssen gewerbliche Arbeitsplätze gesichert und den Betreibern landwirtschaftlicher Subsistenzbetriebe neue Erwerbsmöglichkeiten erschlossen werden. Die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in diesen Sektoren könnte dazu stimulieren, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

4. **Den demographischen Wandel des in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerungssegments beschleunigen**, ohne die bisherige sozial stabilisierende Wirkung des Lebens im ländlichen Raum zu gefährden.

5. **Mentalen Wandel fördern.** Es gilt, die in der politischen Kultur und Mentalität angelegte archaisch anmutende Bindung der Menschen an ihren Grund und Boden ebenso zu überwinden wie die im Zuge der Kollektivierung entstandenen politischen Vorbehalte gegen genossenschaftliche Zusammenschlüsse. Nur so kann sich der Bodenmarkt entwickeln und können Marktzusammenschlüsse der Agrarproduzenten entstehen.

Es wäre sinnvoll, wenn die EU-Kommission

▸ den konkreten länderspezifischen Gegebenheiten der beitretenden Transformationsstaaten besser Rechnung tragen würde; nur so ließe sich verhindern, daß die in diesen Staaten notwendigen Modernisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen durch starre Forderungen nach Anpassung an die – von interventionistischen und protektionistischen Elementen nicht freie – Gemeinsame Agrarpolitik der EU konterkariert werden;

▸ diese Staaten in die Gemeinsame Agrarpolitik der EU graduell und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Auswirkungen einbinden würde;

▸ den Beitrittsländern mehr Freiheit bei der Verwendung von EU-Transfers für die Maßnahmen der sogenannten Zweiten Säule der GAP – Umweltfreundlichkeit, Qualitätserzeugnisse, Lebensmittelsicherheit – zugestehen würde;

▸ EU-Transfers nicht deshalb zurückhält, weil es an entsprechenden Mitteln aus der nationalen Kofinanzierung fehlt.

Agrarpolitik in der Erweiterungsdebatte

Die Europäische Union hat vor kurzem acht ostmitteleuropäische Transformationsstaaten als Mitglieder aufgenommen und zwei weiteren die Aufnahme im Jahre 2007 zugesagt. Für die EU haben die mit diesen Staaten geführten Beitrittsverhandlungen über das der Landwirtschaft gewidmete Kapitel 7 einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt wegen des mit rund 45% hohen Kostenanteils der Landwirtschaft am Gesamtbudget der Union. Der laufende EU-Erweiterungsprozeß wird allerdings dadurch erschwert, daß sich die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Union seit mehr als einem Jahrzehnt in permanentem Umbruch befindet. In einem ersten Reformschritt war die GAP 1992 von einem System der Aufrechterhaltung hoher landwirtschaftlicher Preise durch Einfuhrbarrieren, Stützungskäufe und Exportsubventionen für überschüssige Erzeugnisse übergegangen zu einem System von Produktonskontrollen und direkten Einkommenszahlungen für Bauern. Seit dem Berliner Ratsgipfel von 1999 und der Verabschiedung der *Agenda 2000* arbeitet man bei der EU an einer Politik, die darauf abzielt, marktkonforme produktionsunabhängige Einkommensbeihilfen zu leisten und eine nachhaltige ländliche Entwicklungspolitik in den Mitgliedsländern zu fördern. Der Zwang zur Neuordnung des Agrarbereichs resultierte aus der Notwendigkeit, die Budgetausgaben für die EU-Landwirtschaft zu begrenzen, ihre Anpassung an die Vorgaben der laufenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zu gewährleisten und die EU auf die Aufnahme neuer Mitglieder vorzubereiten. Der Abschluß der Reformdebatte wird für das Jahr 2004 erwartet.

In der Anfangsphase der Erweiterungsdebatte wurde in der EU die Furcht vor Risiken geäußert, die sich aus der EU-Erweiterung für die Agrarwirtschaft der EU-15 ergeben könnten. Doch haben sich diese Befürchtungen als unbegründet erwiesen. Im Gegenteil: Die Staaten der EU-15 und nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland haben von der Öffnung der Verbrauchermärkte und den sich dort bietenden Investitionschancen profitiert. Auf der anderen Seite wurden die ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten, die ihr landwirtschaftliches Produktionspotential nach der Wende nicht entfalten konnten, zu Nettoimporteuren landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU. Auch nach dem Beitritt werden sie auf längere Übergangszeiten und auf Ausnahmeregeln angewiesen sein, um dem Konkurrenzdruck der westeuropäischen Agrarprodukte auf dem dann offenen europäischen Binnenmarkt standhalten zu können.

Zahl und Profil der Beitrittsstaaten der laufenden Erweiterungsrunde stellen die 15 EU-Staaten vor neue Herausforderungen. Erstmals in ihrer Geschichte will die Union insgesamt zwölf Staaten integrieren, zehn davon sind ehemals kommunistisch regiert worden. Diese Staaten durchlaufen seit der Wende von 1989 einen tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozeß. Die Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors in den ostmitteleuropäischen Staaten gilt als der schwierigste und langwierigste Teil der Transformation, dabei ist sie »der Schlüssel für die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektive dieser Staaten«.[1] Nach dem Zusammenbruch der Kommandowirtschaft, dem Wegfall der traditionellen Exportmärkte und dem Rückgang der internen Nachfrage sind diese Staaten gezwungen, ihre landwirtschaftlichen Strukturen sowie ihr System der Land- und Lebensmittelwirtschaft zu modernisieren und es zugleich mit den von der EU vorgegebenen institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen.

Diesem Vorhaben stehen jedoch eine Reihe von Integrationsbarrieren im Wege. Sie sind nur zum Teil Erbe der kommunistischen Plan- und Kommandowirtschaft, zum Teil sind sie auch das Ergebnis komplexer und längst noch nicht abgeschlossener Transformationsprozesse, die nach der Wende in Gang gekommen sind. Als Hemmnisse wirken im wesentlichen das duale System aus Subsistenzwirtschaft betreibenden Kleinbetrieben und für den Markt produzierenden Farmen, ungeklärte Besitzverhältnisse, unvollständige Privatisierungs- und Restrukturierungsprozesse und zentralistische Verwaltungsstrukturen, niedrige Arbeitsproduktivität als Folge der hohen Zahl von Arbeitskräften, geringe Kaufkraft der Bevölkerung, Kapitalmangel bei zugleich hohem

1 Jonathan *Scheele*, der Leiter der Delegation der EU-Kommission in Rumänien, in einem Interview mit der Tageszeitung Adevărul (Bukarest), 21.5.2003.

SWP-Berlin
Die Landwirtschaft im Prozeß der
EU-Integration Rumäniens
September 2003

Investitionsbedarf, unzureichende Transport- und Lagerkapazitäten, niedrige Qualitäts- und Sicherheitsstandards.

Nun besteht kein Zweifel daran, daß die Integrationsagenda eine wichtige Rolle bei der Umsetzung ohnehin notwendiger Reformen in den Transformationsstaaten spielt. Dennoch stellt sich auch und nicht zuletzt im Kontext der Verhandlungen über Kapitel 7 die Frage, ob die Politik der Angleichung an die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, die sich an den Bedingungen und Zielsetzungen der Landwirtschaft in den »alten« EU-Staaten orientiert, die einzig richtige Strategie zur Lösung der Transformationsprobleme der ehemals kommunistischen Beitrittsländer darstellt. Auf diese Frage gibt es zur Zeit weder einhellige noch erschöpfende Antworten. Helmut Bünder gelangt zu dem Schluß, mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU werde der Wirtschaft in den Transformationsstaaten »ein bürokratisches System aus Garantiepreisen, Mengenregulierung und Staatsintervention übergestülpt, das in seiner detailverliebten Finesse mit der kommunistischen Planwirtschaft mithalten kann.«[2] Brian Ardy vom Europäischen Institut der Londoner South Bank University zweifelt gar an der Kompatibilität der GAP mit der besonderen Beschaffenheit und den Entwicklungsinteressen der ostmitteleuropäischen Landwirtschaften: Es lasse sich kaum eine Agrarpolitik ausdenken, die für die Umsetzung in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten weniger geeignet sei als die GAP. Transformationsländer brauchten eine Agrarpolitik, die ihnen die Möglichkeit biete, ihre Standortvorteile – niedrige Löhne und Bodenpreise – zu nutzen und ihre Produktion dort auszuweiten, wo sie Wettbewerbsvorteile hätten. Gleichzeitig bedürfe es einer Politik, die es erlaube, Nahrungsmittelpreise relativ niedrig zu halten und die unvermeidliche Schrumpfung der Beschäftigungszahlen auf dem Lande zu beschleunigen.[3]

Auch die Bundesforschungsstelle für Landwirtschaft äußerte sich skeptisch: Die Ausrichtung der Entwicklungsziele der Transformationsländer an den Rahmenbedingungen der GAP könnten »strukturelle Anpassungen und die Mobilisierung von Entwicklungspotentialen hemmen«.[4] Ähnliche Äußerungen sind mit zunehmender Häufigkeit auch aus den Beitrittsstaaten zu vernehmen. Durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik dürften Umstrukturierungsprozesse in den Transformationsstaaten nicht behindert werden und sie sollte auch keine zusätzlichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme schaffen. Die in der EU-15 üblichen Prinzipien gleicher Wettbewerbschancen und der finanziellen Solidarität sollten auch gegenüber den neuen Beitrittsstaaten Anwendung finden. Nicht zuletzt sollten die spezifischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Beitrittsländern von der EU zur Kenntnis genommen werden.

2 Helmut *Bünder*, Der Preis der Erweiterung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2002.

3 »It would be difficult to devise a policy worse suited to agriculture in the CEECs than the CAP. Transition countries need an agricultural policy which will enable them to exploit their advantages of low labour and land costs to expand production where it is competitive, to keep food prices relatively low, whilst facilitating the inevitable contraction of employment in agriculture.« (Brian *Ardy*, EU Enlargement and Agriculture: Prospects and Problems 2000, London 2000 [South Bank European Papers, Nr. 4/2000].)

4 So in ihrer Stellungnahme vom 17.1.2001 zum Fragenkatalog für die gemeinsame nichtöffentliche Anhörung der Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Angelegenheiten der Europäischen Union: <www.bal.fal.de/download/Is_Osterweiterung.pdf>.

Spezifische Rahmenbedingungen und strukturelle Prägungen

Mit einer Fläche von 238,4 Quadratkilometern ist Rumänien das zweitgrößte der 12 EU-Beitrittskandidatenländer. Diese Ausdehnung entspricht 21,9% der Fläche der 12 Kandidatenstaaten und 5,5% jener der EU-27. Mit seinen 21,6 Millionen Einwohnern stellt Rumänien 21,2% der Bevölkerung der 12 Kandidatenstaaten bzw. 4,7% der EU-27.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der landwirtschaftlichen Zählung,[5] die zwischen Dezember 2002 und Januar 2003 durchgeführt wurde, betrug die landwirtschaftliche Nutzfläche in Rumänien im Zeitraum 2001–2002 13 939 500 ha. (Bis dahin war man von 14 800 000 ha ausgegangen.) Gezählt wurden auf dieser Nutzfläche insgesamt 4 759 700 landwirtschaftliche Betriebe. Davon sind 99,5% individuelle landwirtschaftliche Betriebe ohne Rechtspersönlichkeit und 0,5% Firmen mit eingetragener Rechtspersönlichkeit (Landwirtschaftliche Vereinigungen, Handelsgesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen etc.). Hinsichtlich ihrer Größe und ihrer technischen Ausstattung bestehen große Unterschiede zwischen den beiden Betriebstypen. Während die durchschnittliche Größe aller landwirtschaftlichen Betriebe bei 2,9 ha liegt, beträgt dieser Mittelwert im Falle der Betriebe ohne juristische Persönlichkeit 1,6 ha und im Falle der Betriebe mit juristischer Persönlichkeit 269,3 ha. Betriebe mit juristischer Persönlichkeit, die 44,6% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften (bei Betrieben ohne juristische Persönlichkeit sind es 55,4%), verfügen über 77,2% aller Bewässerungsanlagen und 23,3% aller Traktoren. Die Größe der Nutzflächen variiert von Kreis zu Kreis. Zu den zehn Kreisen mit der kleinsten landwirtschaftlichen Nutzfläche (bis 259 900 ha) gehören Ilfov, Covasna, Sălaj und Maramureş, zu jenen mit einer großen Nutzfläche (über 450 000 ha) Timiş, Dolj, Constanța, Arad, Bihor und Teleorman.

In den 12 Kandidatenländern beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche durchschnittlich nur 54,1% des jeweiligen Territoriums, in den EU-15 sind es 40,6%, in einer künftigen EU-27 44,0%. Rumänien verfügt über 25,0% der landwirtschaftlichen Nutzfläche aller mittel- und osteuropäischen Kandidatenstaaten und über 10,65% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der »alten« EU-15. Der Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Rumänien beträgt 63,3% (das sind 23,0% des Ackerlandes aller mittel- und osteuropäischen Staaten bzw. 12,6% des Ackerlandes der EU-15).[6] 33,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind natürliches Weideland, 3,3% dienen dem Wein- und Obstbau. Rund 60% der Böden bestehen aus – an sich fruchtbarer – Schwarzerde und Braunerde, doch machen Erosion und regelmäßige Dürreperioden die Zufuhr künstlicher Düngemittel und Bewässerungsmaßnahmen notwendig.[7]

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs war Rumänien ein stark agrarisch geprägter Staat. Agrarerzeugnisse spielten in seinem Außenhandel traditionell eine große Rolle. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs war Rumänien der viertgrößte Getreideexporteur der Welt.[8] Es waren im wesentlichen drei Faktoren, die verhinderten, daß dieses Potential in neuerer Zeit nicht voll zum Tragen kommen konnte: die historischen Prägungen des rumänischen Entwicklungspfades, das noch nicht gänzlich überwundene Erbe der kommunistischen Plan- und Kommandowirtschaft und die Unwägbarkeiten des 1989 eingeleiteten Transformationsprozesses.

Die spezifische Entwicklung der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse seit der ersten Boden-

5 Die Zählung wurde nach den international üblichen Empfehlungen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO durchgeführt. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden nach ihrem juristischen Status und nicht nach Eigentumsformen unterschieden. Die vorläufigen Ergebnisse (Recensământul General Agricol. Rezultate preliminare) wurden vom Zentralen Technischen Sekretariat des Nationalen Amtes für Statistik veröffentlicht.

6 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor [Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten]* (Hg.), Strategia de dezvoltare a agriculturii, industriei alimentare și silviculturii pe termen mediu și lung 2001–2005 și 2005–2010 [Die mittel- und langfristige Strategie für die Entwicklung der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie und der Forstwirtschaft 2001–2005 und 2005–2010], Bukarest, November 2001, S. 2.

7 Siehe u.a. George E. *Schmutzler*, Land- und Forstwirtschaft, in: Klaus-Detlev *Grothusen* (Hg.), Rumänien, Göttingen 1977 (Südosteuropa-Handbuch, Bd. 2), S. 323–348.

8 *Centre for Co-operation with Non-Members (OECD)*, Review of Agricultural Policies. Romania, Paris 2000, S. 75.

reform von 1864[9] ist charakterisiert durch das Vorherrschen kleiner, stark fragmentierter bäuerlicher Betriebe, Kapitalmangel, Bevölkerungsüberschuß im ländlichen Raum sowie eine große Zahl von Bodenbesitzern, die in den Städten wohnen *(absentee ownership)*. Im Jahre 1930 lebten noch 80% der rumänischen Bevölkerung auf dem Lande, der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbsbevölkerung lag bei 78,2%.[10] In den dreißiger Jahren begann sich eine Tendenz zur beschleunigten Industrialisierung und zur Modernisierung auch der Landwirtschaft abzuzeichnen. Im Jahre 1938 wurden 38,1% des Nationaleinkommens im landwirtschaftlichen Bereich, aber schon 50,8% in den nichtlandwirtschaftlichen Sektoren (davon 30,8% in der Industrie) erzeugt.

Während der sowjetischen Besatzung Rumäniens nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde im Zuge der Bodenreform von 1945 der private Großgrundbesitz enteignet, zersplittert und verteilt. Nach dem Regimewechsel vom Dezember 1947 kam es zu einer neuerlichen Konzentration kleinerer Betriebe zu staatlichen Großbetrieben einerseits und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) andererseits. Als Folge dieses erzwungenen Konzentrationsprozesses und einem gewissen Maß an technischer Modernisierung konnten zunächst Produktivitätszuwächse und Produktionssteigerungen in der rumänischen Landwirtschaft erzielt werden. Dabei stand die Landwirtschaft im Schatten der kommunistischen Industrialisierungs- und Urbanisierungspolitik. Die staatlichen Preise für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte lagen weit unter ihren realen Kosten, die Investitionen in ländliche Infrastrukturmaßnahmen waren mehr als ungenügend.[11] Ein nicht unerheblicher Teil der in der Landwirtschaft benötigten Industrieerzeugnisse – von Düngemitteln bis zu Traktoren – floß in devisenbringende Exporte. Die Einkünfte der Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften waren geringer als die der Industriebeschäftigten, die traditionellen Unterschiede zwischen Stadt und Land blieben insofern bestehen. Die politische Führung erkannte zwar, daß die ländliche Infrastruktur einer dringenden Modernisierung bedurfte und daß der ländliche Raum durch die Ansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben aufgewertet werden mußte, doch die bereits in den siebziger Jahren konzipierte Raumordnungspolitik scheiterte an mangelnden Ressourcen, fehlender Akzeptanz im Inneren und Kritik aus dem Ausland.[12]

Am Vorabend der Wende war der Prozeß der Konzentration landwirtschaftlichen Besitzes weit fortgeschritten: Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten lag nur noch bei 28,2%. 58% der landwirtschaftlichen Nutzfläche befanden sich im Besitz von LPGs, 28% in der Hand der Staatsfarmen, die aus der Verstaatlichung der großen Latifundien und der ehemals königlichen Domänen hervorgegangen waren. Auf dem privaten Sektor der Landwirtschaft – er umfaßte neben den privaten Bauernwirtschaften im Bergland die privaten Hofparzellen der LPG-Bauern –, der 14% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftete, wurden im Jahre 1985 34,5% der gesamten Fleischproduktion des Landes, 40,4% der Milchproduktion, 35,0% der Woll- und 42,5% der Eierproduktion[13] erzielt.

9 Adriana *Halpert*/Carmen *Rudnițchi*, Reforma agrară a guvernului român, după modelul lui Cuza, dar cu efecte contrare [Rumäniens Agrarreform nach dem Vorbild Cuzas, aber mit entgegengesetzter Wirkung], in: Capital (Bukarest), (3.1.2002) 1.

10 Kurt *Treptow* (Hg.), A History of Romania, Jassy 1996, S. 408–411.

11 Gheorghe *Timariu*, Decalajul agriculturii românești față de agricultura țărilor UE [Der Abstand der rumänischen Landwirtschaft zur Landwirtschaft der EU-Staaten], in: Tribuna Economică (Bukarest), (31.7.2002) 31, und *ders.*, Agricultura României față de agricultura țărilor UE [Die rumänische Landwirtschaft im Vergleich zur Landwirtschaft der EU-Staaten], in: Tribuna Economică, (14.8.2002) 33.

12 Anneli Ute *Gabanyi*, Ceaușescus »Systematisierung«. Territorialplanung in Rumänien, in: Südosteuropa, 38 (1989) 5, S. 235–254.

13 Siehe hierzu ebd.

Die Transformation der Landwirtschaft nach 1989

Die in Rumänien nach 1989 betriebene Politik der Transformation der Landwirtschaft ist geprägt durch die integrale Restitution landwirtschaftlichen Eigentums, die schleppende Einführung marktwirtschaftlicher Reformen und eine populistische Außenhandelspolitik.

Der gewaltsam herbeigeführte Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Dezember 1989 löste in der gesamten Wirtschaft einen beispiellosen Prozeß der Demodernisierung und Deindustrialisierung aus. Die begrenzten »Modernisierungseffekte« der nach dem Zweiten Weltkrieg unter kommunistischem Vorzeichen verfolgten Landwirtschaftspolitik wurden nach der Wende von 1989 zunichte gemacht, ohne daß positive Konzepte eines gerichteten Strukturwandels und einer Modernisierung an ihre Stelle getreten wären. Vielmehr kam es nach der Wende zu einer Reagrarisierung der rumänischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsstrukturen, verbunden mit der Rückwanderung breiter Teile der Bevölkerung von der Stadt auf das Land – ein im 20. Jahrhundert in diesem Ausmaß einmaliger demographischer Vorgang.

Restitution: Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft

Die Restitutionspolitik Rumäniens ist bis heute innenpolitisch umstritten. Kritiker werfen den politisch Verantwortlichen vor, aus Machtinteresse die Praxis und Erfahrung der meisten anderen Transformationsstaaten ignoriert, die Weichen für die Rückkehr zur Zersplitterung der Betriebsstrukturen gestellt und kein stimmiges Konzept für den Aufbau einer modernen, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft entworfen zu haben.[14] Vor allem aber habe diese Politik auf lange Sicht die Ausgangsbasis für eine Integration Rumäniens in die Europäische Union verschlechtert.[15] Unmittelbar nach dem Sturz des Regimes hat die rumänische Regierung die nach 1945 enteigneten Agrarflächen den ehemaligen Besitzern oder deren Erben in den alten Gemarkungen kostenlos zurückübertragen.[16] Die großen, vor 1989 geschaffenen staatlichen und genossenschaftlichen Großbetriebe wurden nicht – wie in den anderen Transformationsstaaten mit Ausnahme Bulgariens – nach ihrer Privatisierung erhalten,[17] sondern im Zuge einer »massiven spontanen Entkollektivierung« aufgelöst.[18] Das im Februar 1991 verabschiedete Bodengesetz[19] besiegelte die daraus entstandenen Verhältnisse. In ihm wurde verfügt, daß der in Kleinstflächen aufgeteilte und extrem verstreute Grundbesitz der nunmehr »liquidierten« Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften an die ehemaligen Besitzer bzw. ihre Nachkommen bis zu einer Höchstgrenze von 10 ha zurückgegeben und daß an in der Landwirtschaft beschäftigte Personen ohne Landbesitz 0,5 ha verteilt werden sollten.[20] Resultat war eine landwirtschaftliche Eigentumsstruktur, die noch stärker fragmentiert war als

14 *Timariu*, Decalajul agriculturii româneşti faţă de agricultura ţărilor UE [wie Fn. 11].
15 Béatrice *von Hirschhausen*, Les nouvelles campagnes roumaines. Paradoxes d'un »retour« paysan, Paris 1997, S. 44–63.
16 Edith *Lhomel*, Structures agricoles en Europe centrale et orientale: une transformation inachevée, in: Le courrier des pays de l'Est, 10 (Januar–Februar 1997) 416, S. 40–50.
17 Der rumänische Agrarwissenschaftler Gheorghe Timariu verweist auf folgende Daten in anderen Transformationsstaaten: Tschechien – 75% der Agrarfläche bewirtschaften genossenschaftlich organisierte Gesellschaften mit Flächengrößen zwischen 700 und 1500 ha; Slowakei – Genossenschaften zwischen 800 und 1800 ha auf insgesamt 90% Nutzfläche; Ungarn – auf 55% der Nutzfläche wirtschaften Großbetriebe zwischen 2000 und 7000 ha aus dem Besitz der ehemaligen LPGs und von Staatsgütern, auf 35% Kapitalgesellschaften mit über 50 ha; Neue Bundesländer – 82% der Nutzfläche nehmen Genossenschaften und Aktiengesellschaften ein, 18% Familienbetriebe zwischen 40 und 140 ha (Gheorghe *Timariu*, Organizarea producţiei şi teritoriului exploataţiilor agricole comerciale [Die Organisation der Produktion und des Territoriums der Kapitalgesellschaften], in: Tribuna Economică, [19.–26.12.2001] 51–52).
18 Gesetzesverfügung Nr. 42, veröffentlicht in: Monitorul Oficial, (30.1.1990) 17. Siehe hierzu Alain *Pouliquen*, L'agriculture néo-paysanne roumaine: Le tampon social contre la relance globale, in: Revue d'études comparatives est-ouest, 32 (Juni 2001) 2, S. 121–154.
19 Gesetz Nr. 18, veröffentlicht in: Monitorul Oficial, (20.2.1991) 37.
20 Im Jahre 1998 wurde die Höchstgrenze von 10 auf 50 ha angehoben.

nach den Bodenreformen von 1920 und 1945.[21] Gemäß den vorläufigen Ergebnissen des jüngsten landwirtschaftlichen Zensus von Dezember 2002 bis Januar 2003 beträgt die durchschnittliche Größe aller bäuerlichen Betriebe in Rumänien 2,93 ha (in der EU sind es 16,6 ha).

Die radikale Restitutionspolitik wurde jedoch nicht konsequent fortgeführt. Zwar waren im August 1990 die landwirtschaftlichen Staatsgüter in *régies autonomes* und Kapitalgesellschaften umgewandelt worden, doch ihre vollständige Rückübertragung wurde unter Hinweis auf die Erfordernisse der Lebensmittelsicherheit hinausgezögert.[22] Seit 1994 durfte der Boden verpachtet, aber erst seit 1998 gekauft und verkauft werden. Die schwerfällig verlaufende Klärung der endgültigen Besitzverhältnisse hemmte die rasche Herausbildung eines funktionierenden Bodenmarktes. Fehlende oder unvollständige Grundbucheintragungen, Schwierigkeiten mit dem Geltendmachen von Erbansprüchen, langwierige Verwaltungsprozeduren und Rechtsstreitigkeiten zwischen Anspruchsberechtigten und staatlichen Behörden verzögerten die tatsächliche Restitution erheblich.

Mittlerweile jedoch kann die Restitution als abgeschlossen gelten. Auf der Grundlage der seit Februar 1991 verabschiedeten Rechtsnormen[23] wurden bis einschließlich 2001 insgesamt 3 564 673 Eigentumstitel über eine Gesamtfläche von 7 412 909 ha Ackerland und 64 227 Protokolle über die Rückgabe von 1 848 612 ha Wald ausgefertigt. Im Jahre 2001 begann auch die Privatisierung der vorwiegend in Staatsbesitz befindlichen landwirtschaftlichen Betriebe, der ehemaligen Staatsgüter. Von den ursprünglich 822 000 ha, die der mit der Privatisierung betrauten Agentur der Staatsdomänen übertragen wurden, konnten 623 000 ha einer privaten Nutzung zugeführt werden. Zur Zeit befinden sich 90,2% des Ackerlandes in privatem Besitz, die meisten privaten Grundstücke sind sehr klein und häufig aufgesplittert. Die Privatisierung in den der Agrarproduktion vor- und nachgelagerten Bereichen kam erst nach 1996 in Gang. Zehn Jahre nach der Wende ist die gesamte Kette der Versorgung mit Düngemitteln, Saatgut, Pestiziden einschließlich der Bereiche Lagerhaltung, Transport und Vermarktung ebenso privatisiert wie die Nahrungsmittelindustrie.

Agrarhandelspolitik

Auch die Agrarhandelspolitik der ersten Jahre nach der Wende war weniger von Effizienzkriterien und klaren strategischen Vorgaben, sondern eher von politischen Interessen bestimmt. Hatte das Ceauşescu-Regime im Zuge seiner Schuldenrückzahlungspolitik vor der Wende den Export devisenbringender Produkte, allen voran von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, ohne Rücksicht auf die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung vorangetrieben, wurde noch im Dezember 1989 ein sofortiger Exportstopp für rumänische Lebensmittel verfügt, die Importschleusen wurden weit geöffnet.[24] Die Folge war ein beispielloser Einbruch der Handelsbilanz. Bereits 1990 verbuchte Rumänien ein Defizit von knapp 1,2 Mrd. US-Dollar. Seit 1990 ist das Land Nettoimporteur von Lebensmittelprodukten. Der Anteil der rumänischen Netto-Agrareinfuhren fiel von 19,3% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1992 auf 0,9% im Jahre 1997 und stieg ein Jahr später auf 5,2%.[25] Nach 1997 war auch der Anteil der Ausfuhren landwirtschaftlicher Produkte am gesamten Exportvolumen rückläufig. Er lag beispielsweise im Jahre 2001 bei 3,8% – der niedrigste Wert aller Kandidatenstaaten.[26]

Unmittelbar nach der Wende wurde in Rumänien eine Politik der »liberalisierten und gelegentlich sogar subventionierten Agrarimporte und der verbotenen oder sehr streng kontingentierten Agrarexporte«[27] verfolgt, mit der vor allem ein niedriges Niveau der Verbraucherpreise und billige Rohstoffe für die

21 Jill E. *Hobbs*/William A. *Kerr*/James D. *Gaisford*, The Transformation of the Agrifood System in Central and Eastern Europe and the New Independent States, Wallingford, UK 1997, S. 126–127.
22 *Lhomel*, Structures agricoles en Europe centrale et orientale [wie Fn. 16].
23 Gesetz Nr. 18/1991, Gesetz Nr. 1/2000, Gesetz Nr. 268/2001.

24 Bereits wenige Tage nach dem Sturz des kommunistischen Machthabers Nicolae Ceauşescu hatte ein Vertreter der neuen Führung, Silviu Brucan, in einem Interview die Richtung vorgegeben: »Wir werden die Wahlen auf einer Welle von Fleisch, Zitronen und Gas gewinnen«. Damit hatte er die Intention der geplanten populistischen Sofortmaßnahmen plastisch beschrieben. Siehe hierzu: Anneli Ute *Gabanyi*, In Bukarest geht's um die Wurst. Wird sich Rumäniens »rote Aristokratie« gegen das Militär durchsetzen?, in: Die Weltwoche (Zürich), 4.1.1990.
25 *Centre for Co-operation with Non-Members (OECD)*, Review of Agricultural Policies. Romania [wie Fn. 8], S. 61.
26 *OECD* (Hg.), Agricultural Policies in Transition Economies. Trends in Policies and Support, Paris 2002, S. 18.
27 *Pouliquen*, L'agriculture néo-paysanne roumaine [wie Fn. 18], S. 142–143.

heimische Nahrungsmittelindustrie gesichert werden sollten. Zwischen 1994 und 1996 verbesserte sich die Handelsbilanz im Bereich des Lebensmittelhandels, weil die Exportrestriktionen beibehalten und Einfuhren durch Zollbarrieren erschwert wurden.

Trotz seiner schwachen Währung wandte Rumänien während der gesamten Transformationsphase einen hohen Anteil seines BIP für die Unterstützung seiner Agrarproduktion auf. Bis zur 1992 erfolgten Freigabe eines Großteils der Lebensmittelpreise stützte die Regierung die Verbraucherpreise. Von da an wurden Erzeugerpreise, Inputs und Produktionsfaktoren bei einigen Grundnahrungsmitteln subventioniert. Nach der 1997 erfolgten Freigabe aller Preise ging der Staat zu einer Politik indirekter Beihilfen über. Ihr Nutzen war umstritten. Gelegentlich wurde kritisiert, sie belasteten den rumänischen Steuerzahler, entfalteten aber nur geringe Wirkung und hemmten letztlich den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung und die monetäre Stabilisierung.[28] Zur Zeit subventioniert die Regierung den Kauf von Düngemitteln, Treibstoff, Bewässerungsanlagen, Traktoren und Landmaschinen aus heimischer Produktion.

Demographischer Wandel: Remigration und Reagrarisierung

Nach 1989 wanderten erstmals in der modernen rumänischen Geschichte mehr Menschen von der Stadt aufs Land als in die Gegenrichtung.[29] Im Jahrzehnt zwischen der ersten (1992) und der zweiten (2002) Volkszählung nach der Wende ist die Bevölkerung Rumäniens in absoluten Zahlen um 957 400 Einwohner (4,2%) geschrumpft. Im Unterschied zu der Mehrzahl der anderen Transformationsstaaten, die ebenfalls einen Bevölkerungsrückgang erlebten, verzeichnete Rumänien einen erheblich stärkeren Rückgang der städtischen (−7,7%) als der ländlichen Bevölkerung (−1,5%).[30] Dabei war der natürliche Bevölkerungszuwachs auf dem Lande zwischen 1992 und 2002 negativ, das heißt die Sterbeziffern übertrafen die Geburtenziffern. Dieser natürliche Bevölkerungsschwund wurde jedoch durch eine interne Migration von Stadtbewohnern auf das Land aufgefangen. Im Jahre 2001 wurden doppelt so viele Remigranten registriert wie 1992.

Erhebungen zufolge, die ausnahmslos alle in der Landwirtschaft tätigen Personen unabhängig von der Dauer und dem Ausmaß der ausgeübten landwirtschaftlichen Tätigkeit erfaßten, war der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 27,5% im Wendejahr 1989 auf 40,9% aller Beschäftigten im Jahre 2001 angestiegen.[31] Damit läge die Beschäftigungsrate in der rumänischen Landwirtschaft erheblich über dem Durchschnittswert von 22% in den 12 Kandidatenstaaten bzw. 4,3% in den 15 Staaten der »alten« EU.[32] Der rumänischen Erfassung lagen jedoch andere Kriterien zugrunde, als sie in der EU üblich sind.[33] Dem zwischen Dezember 2002 und Januar 2003 durchgeführten landwirtschaftlichen Zensus lagen erstmals die in der EU und den anderen Beitrittsstaaten gebräuchlichen Maßstäbe zugrunde. Die Ende

28 »Dans un contexte de récession, de forte inflation et de chômage croissant, cette charge exorbitante désigne l'agriculture comme obstacle majeur à la relance globale et à la stabilisation monétaire de l'économie ...« (zit. in: *Pouliquen*, L'agriculture néo-paysanne roumaine [wie Fn. 18], S. 140).

29 Traian *Rotariu*/Elemer *Mezei*, Internal Migration in Romania (1948–1995), in: Wilfried *Heller* (Hg.), Romania: Migration, Socio-Economic Transformation and Perspectives of Regional Development, München 1998 (Südosteuropa-Studien, Bd. 62), S. 121–149, und Ioan *Ianos*, The Influence of Economic and Regional Policies on Migration in Romania, ebd., S. 55–76.

30 Die große innerrumänische Migration von Landbewohnern in die Städte, die im Zuge der forcierten Industrialisierung bereits in den fünfziger Jahren eingesetzt und sich nach 1968 beschleunigt hatte, wies bereits seit der Wirtschafts- und Finanzkrise der achtziger Jahre eine rückläufige Tendenz auf. Unmittelbar nach dem Sturz des kommunistischen Regimes aber kam es infolge des Wegfalls der urbanen Zuzugsrestriktionen zu einer neuerlichen Migration in die Städte. Im Jahre 1996 hatten sich die Wanderungsströme in beide Richtungen einander angeglichen, danach überwog die Rückwanderung aufs Land. Siehe hierzu auch: Wilfried *Heller*, Innenansichten aus dem postsozialistischen Rumänien. Sozioökonomische Transformation, Migration und Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum, Berlin 1999, S. 27–35.

31 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor* (Hg.), Strategia de dezvoltare a agriculturii, industriei alimentare și silviculturii [wie Fn. 6], und Constantin Ilie *Aprodu*, Agricultura și dezvoltarea regională [Landwirtschaft und Regionalentwicklung], in: Tribuna Economică, (23.4.2003) 17.

32 *European Commission, Directorate General for Agriculture* (Hg.), Agricultural Situation in the Candidate Countries. Country Report on Romania, Juli 2002, S. 6.

33 Bei der Vorbereitung des zwischen dem 2. Dezember 2002 und dem 31. Januar 2003 abgehaltenen landwirtschaftlichen Zensus, zu dem sich Rumänien im Zuge seiner EU-Beitrittsverhandlungen verpflichtet hat, wurde den rumänischen Behörden nahegelegt, ihre Erfassungsmethode mit den EU-Normen zu harmonisieren. Bis zum Jahre 2006 soll die Anpassung des Nationalen Statistischen Agrarplans an das statistische System der EU abgeschlossen sein. Das erklärte der Vorsitzende des Nationalen Instituts für Statistik, Aurel *Camara*, in: <http://www.maap.ro>.

Juni veröffentlichten vorläufigen offiziellen Teilergebnisse enthalten aber noch keine Angaben zur Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Anläßlich der Präsentation der Umfrageergebnisse vor der Presse sprach der Vorsitzende des Rumänischen Instituts für Statistik jedoch von schätzungsweise 28,3% in der Landwirtschaft Beschäftigten.[34] Frühere Untersuchungen nannten ähnliche Größenordnungen. Eine im Jahre 2002 vom Bukarester Institut für Agrarwirtschaft nach eigenen Kriterien durchgeführte Untersuchung wies 43,1% der in der Landwirtschaft registrierten Beschäftigten als Stadtbewohner *(absentee owners)* aus, die im Zuge der Restitution Grundbesitz im ländlichen Raum zurückerhalten hatten, den sie als Arbeitspendler an Wochenenden, Sonn- und Feiertagen bestellten. 39,1% seien auf dem Lande lebende Lohnempfänger und Rentner, die ihre Klein- und Kleinstparzellen im Neben- oder Zuerwerb bewirtschafteten.[35] Gemäß einer weiteren Untersuchung waren im ländlichen Bereich 5,8mal so viele Personen unterbeschäftigt wie im städtischen Bereich; 26,6% der in der Landwirtschaft tätigen Personen waren teilzeitbeschäftigt.[36]

Technischer Rückschritt nach der Wende

Gemessen an der Ausgangslage von 1989 ist die landwirtschaftliche Produktion in absoluten Zahlen in Rumänien stabiler geblieben als in den meisten anderen ostmitteleuropäischen EU-Beitrittsstaaten. Im Zuge des Rückgangs der Industrieproduktion stieg der Anteil des Agrarsektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 13,7% im Jahre 1989 leicht auf 14,5% des rumänischen BIP im Jahre 2001. Der Anteil von Industrie und Bauwirtschaft betrug in demselben Jahr 34,5%, der des Dienstleistungssektors 50,5%. Einen vergleichsweise geringen Einbruch verzeichnete die pflanzliche Produktion mit Ausnahme des Zuckerrübenanbaus, während zwischen 1989 und 2000 eine Reihe von Tierbeständen erheblich dezimiert wurden – Rinder um 54%, Schweine um 59%, Schafe und Ziegen um 50% und Geflügel um 38,5%. Rückläufig war auch die Produktion tierischer Erzeugnisse wie Fleisch, Eier und Wolle mit Ausnahme von Milchprodukten. Mehrere Faktoren haben zu dieser Entwicklung beigetragen: der Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Infrastruktur (Mechanisierung, Bewässerung, Ausstattung mit Saatgut etc.), die ungünstige Preisentwicklung im Inland (Preisschere) und auf den Weltmärkten, die sinkende Binnennachfrage, fehlendes Anlagekapital und die Krise in der Lebensmittelindustrie.

Die Zahl der Traktoren ist seit dem Wendejahr 1989 geringfügig, die der Sämaschinen beträchtlich angestiegen. Dagegen lag der Bestand an Mähdreschern im Jahr 2000 bei nur 61,6% des Bestands von 1989. Für das Jahr 2001 wies die rumänische Statistik insgesamt 164 332 Traktoren aus, davon waren 153 585 (93,5%) im privaten Sektor im Einsatz. Nach der neuesten landwirtschaftlichen Zählung befinden sich 173 400 Traktoren in landwirtschaftlichem Besitz, 133 000 davon im Besitz individueller landwirtschaftlicher Betriebe und 40 400 im Besitz der Betriebe mit Rechtspersönlichkeit. (Traktoren im Besitz von Agrardienstleistern wurden bei dieser Zählung nicht berücksichtigt.) Obwohl dies im Vergleich zum Ausgangsjahr 1989 (151 500) einen Anstieg bedeutet, entfällt in Rumänien nur ein Traktor auf 50,5 ha Ackerfläche. Zum Vergleich: In Holland, Norwegen und Belgien kommt ein Traktor auf 5 bis 7 ha, in England, Frankreich und Finnland auf 11 bis 13 ha und in Dänemark und Spanien auf 16 bis 19 ha.[37]

Vor der Wende wurden in Rumänien mit großem finanziellem Aufwand 3,1 Mio. ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. 2,9 Mio. ha Ackerfläche mit Bewässerungsanlagen ausgestattet.[38] Im Jahre 2000 war die solcherart ausgestattete Fläche auf nur noch 29,7% des Bestandes von 1989 geschrumpft. Ein Großteil der Bewässerungsanlagen wurde zerstört, ist veraltet, nicht mehr einsatzbereit oder kann von den privaten Bodenbesitzern aus Kostengründen nicht betrieben werden. Im Wendejahr 1989 wurden 56% der mit Bewässerungsanlagen ausgestatteten Fläche effektiv bewässert, 2000 waren es nur noch 7%. Auch

34 Laurențiu *Gheorghe*, Producția agricolă a României se obține cu sapa și hârletul [Die Agrarproduktion Rumäniens wird mit Schaufel und Hacke erzielt], in: Capital (Bukarest), (10.7.2003) 28.

35 Gheorghe *Timariu*, Fărâmițarea agriculturii – o frână a dezvoltării economice [Die Zersplitterung der Landwirtschaft – ein Bremsklotz auf dem Wege der wirtschaftlichen Entwicklung], in: Tribuna Economică, (23.10.2002) 43.

36 Jacqueline *Leonte*/Daniela *Giurea*/Virginia *Câmpeanu*, Politica agricolă comună – consecințe asupra României [Die GAP – Auswirkungen auf Rumänien], Bukarest: Institutul European din România, European Consultants Organisation, Oktober 2002 (Phare Projekt RO 9907-02-01), S. 11–20.

37 Mihai *Vișoiu*, Peste 60 la sută din tractoare au îmbătrânit în brazdă [Mehr als 60 Prozent der Traktoren sind auf dem Feld gealtert], in: Adevărul, 3.12.2001.

38 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor* (Hg.), Strategia de dezvoltare a agriculturii, industriei alimentare și silviculturii [wie Fn. 6], S. 56.

der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln ist seit der Wende dramatisch zurückgegangen. Zwischen 1996 und 2000 sank die Ausbringung von Pestiziden um 58%, nur noch auf 70 bis 75% der Ackerfläche wurden im Jahre 2001 Unkrautvertilgungsmittel versprüht,[39] nur noch 38% der 1989 aufgewandten Menge an organischen und 29% an anorganischen Düngemitteln wurden auf den Feldern ausgebracht. Wurden 1990 100% der Aussaatflächen mit zertifiziertem Saatgut versehen, waren es 2000 nur noch 60%. Seit dem Jahr 2001 konnten dank gezielter staatlicher Förderungsmaßnahmen die bewässerten Flächen ausgedehnt werden und Düngemittel vermehrt zum Einsatz kommen.[40] Die Verminderung organischer Düngemittel war Folge des dramatischen Einbruchs in Zweigen der Tierproduktion, während die Verknappung chemischer Düngemittel daher rührt, daß die Besitzer der kleinen zersplitterten Privatbetriebe wegen geringer Kapitalausstattung und der Schere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Preisen immer weniger in der Lage sind, die für eine moderne intensive Landwirtschaft notwendigen Einsatzmittel zu erwerben. Der seit der Wende zu verzeichnende Rückgang der Bewässerung und des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln führte einerseits zur Übersalzung und Erosion von Ackerland, andererseits aber auch zu einer verminderten Belastung des Ackerbodens durch chemische Stoffe. Immerhin 49,9% der ländlichen Gebiete werden als Gebiete mit lokal bedingter niedriger Umweltverschmutzung, 46,0% als Gebiete gänzlich ohne Umweltverschmutzung eingestuft, 4% weisen einen hohen Grad an Umweltverschmutzung auf.

Gestörte ökonomische Balance

Die Preisentwicklung nach der Wende hat sich eindeutig zu Lasten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausgewirkt. Die Industrieerzeugnisse verteuerten sich erheblich mehr als die Agrarprodukte. Zwischen 1990 und 2000 stieg der Preisindex für jene industriellen Produkte, die der Landwirtschaft als Input dienen, insgesamt um das 2416fache.[41] Zudem kam es zu Asymmetrien zwischen den Preisen für pflanzliche und jenen für tierische Erzeugnisse. So stiegen in den Jahren 1990–2000 die Preise für pflanzliche Produkte um das 1226fache, für tierische Produkte aber nur um das 577fache. Seit ihrer Freigabe im Jahre 1997 erreichten die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt das Niveau der entsprechenden EU-Produkte, in manchen Fällen überschritten sie es sogar.[42] Wegen ihrer hohen Preise und der Defizite bei Verpackung, Lagerung und Vermarktung haben es rumänische Produkte schwer, auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen. Und auf dem heimischen Markt sehen sie sich zunehmend preisgünstiger Konkurrenz aus dem Cefta- und EU-Raum ausgesetzt.

Das hohe Niveau der Nahrungsmittelpreise schlägt sich auch in den Lebenshaltungskosten nieder. Mit einem BIP von 6000 Euro pro Kopf der Bevölkerung liegt Rumänien zur Zeit – vor Bulgarien – an der zweitletzten Stelle in der Liste der ostmitteleuropäischen Kandidatenstaaten. Die Kaufkraft pro Kopf der Gesamtbevölkerung beträgt 26,7% des EU-Durchschnitts. Während der monatliche Durchschnittsverbrauch eines Arbeiterhaushalts bei 136 Euro liegt, der eines Angestelltenhaushalts bei 263 Euro und der eines Rentnerhaushalts bei 69 Euro, beziffert sich dieser Wert im Falle eines Bauernhaushalts nur auf 52 Euro.[43]

Zur Zeit wenden Rumänen durchschnittlich 58% ihrer gesamten konsumtiven Ausgaben für Nahrungsmittel auf, durchschnittlich 39,1% sind es in den 12 Beitrittsländern und nur 17,4% in den 15 EU-Staaten.[44] In Rumänien lag im Jahre 1999 der Pro-Kopf-Verbrauch tierischer Produkte unter dem Verbrauch in der EU, insbesondere von Fleisch und Fleischprodukten (45,2 kg gegenüber 82 kg in der EU), Milch und Milchprodukten (194,0 l gegenüber 280 l in der EU) sowie Eiern (306 Stück gegenüber 260 Stück in der EU), aber auch Obst (43,4 kg gegenüber 70 kg in der

39 Bujor *Mănescu*, Ineficiența tehnologiilor agricole [Unwirtschaftliche Agrartechnologien], in: Tribuna Economică, (11.4.2001) 15.

40 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor [Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten]* (Hg.), Agricultura, industria alimentară și silvicultura după doi ani de guvernare PSD, 2001–2002 [Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und Forstwirtschaft nach zwei Jahren sozialdemokratischer Regierung 2001–2002], Bukarest, Dezember 2002, S. 66–67.

41 Adrian *Petrache*, Prețurile produselor agricole [Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse], in: Tribuna Economică, (12.6.2002) 24.

42 Siehe hierzu ausführlich: *European Commission, Directorate General for Agriculture* (Hg.), Country Report on Romania [wie Fn. 32], S. 11–13.

43 Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – Kontinuität gefragt, in: Agrarmärkte in Zahlen. Mittel- und Osteuropa 2002. Tier- und Pflanzenproduktion, Bonn 2002, S. 86.

44 *European Commission, Directorate-General for Agriculture* (Hg.), Country Report on Romania [wie Fn. 32], S. 5–7.

EU). Die Selbstversorgung mit diesen Erzeugnissen wird nicht durch die landeseigene Produktion gedeckt. Hingegen liegen Verbrauch und Produktion von Getreide, Kartoffeln und Gemüse in Rumänien über dem EU-Durchschnitt.[45]

Mangel an inländischem Investitionskapital und geringe ausländische Direktinvestitionen sind ebenfalls Faktoren, die den Aufschwung der rumänischen Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie negativ beeinflußt haben. Für die Instandsetzung bzw. Unterhaltung von Anlagen sowie für den Kauf von Düngemitteln und Landmaschinen ist Kapital erforderlich, über das die meisten Inhaber der mehr als 4,2 Mio. unterkapitalisierten bäuerlichen Kleinstbetriebe ebensowenig verfügen wie über den Zugang zu Krediten aus dem unterentwickelten rumänischen Bankwesen. Erst seit dem Einsetzen der gesamtwirtschaftlichen Erholung im Jahre 2000 steigen die Investitionen in der Landwirtschaft in der Tendenz wieder an. Zwischen 1991 und 1997 flossen zwischen 14 und 15% aller ausländischen Direktinvestitionen in Rumänien in die Lebensmittelindustrie, bevorzugt in die Produktion von Bier, Mineralwasser und Limonadegetränken *(soft drinks)*, Süß- und Tabakwaren.

Anders als in Polen, wo die Anbindung der traditionellen Kleinbetriebe an die Zuliefer- und Nahrungsmittelindustrie auch nach der frühen Privatisierung der Nahrungsmittelindustrie beibehalten wurde, brach in Rumänien die Nahrungsmittelkette völlig zusammen. Der Absturz der Produktivität im Lebensmittelsektor im Jahre 2000 auf nur noch 57,5% des Niveaus von 1989 war noch dramatischer als der im selben Jahr verbuchte Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion auf 85,64%. Defizite bei der Modernisierung der Ausstattung und mangelnde Investitionen belasten den Sektor. Mit 30% der insgesamt im industriellen Bereich tätigen Personen weist er dabei einen hohen Beschäftigungsgrad auf.

45 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor* (Hg.), Strategia de dezvoltare a agriculturii, industriei alimentare și silviculturii [wie Fn. 6], S. 21–22.

Die rumänische Position bei den Beitrittsverhandlungen

Vor der Wende von 1989 hatte Rumänien lange Zeit unter den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine Sonder- und Vorreiterrolle, da es bereits in den siebziger Jahren Sonderbeziehungen zur EWG, zu den USA und zu den Entwicklungsländern aufgebaut hat. Im Jahre 1971 trat Rumänien dem Gatt-Abkommen bei, 1975 schloß es ein Präferenzabkommen mit der EWG. Die USA gewährten Rumänien ab 1975 die Meistbegünstigung. Seither erhöhte sich der Anteil westlicher Staaten am Agrarhandel Rumäniens kontinuierlich. Als Folge der beschleunigten Schuldenrückzahlung in den achtziger Jahren stiegen die rumänischen Agrarexporte in den Hartwährungsraum von 42% im Jahre 1986 auf 67% im Jahre 1989.[46]

Gleichwohl gehörte Rumänien nach der Wende unter den ehemals kommunistischen Staaten keineswegs zu den Favoriten für eine schnelle EU-Integration.[47] Nach 1989 trat Rumänien dem europäischen Freihandelsabkommen bei, im Jahre 1990 unterzeichnete es ein Interimsabkommen und 1993 ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Im Oktober 1993 kam das Land auch wieder in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA, 1995 trat das Europaabkommen in Kraft und seit 1997 ist Rumänien Mitglied der Mitteleuropäischen Freihandelszone Cefta. Außerdem hat Rumänien Freihandelsabkommen mit der Europäischen Freihandelszone (Efta), der Republik Moldau, der Türkei und Israel abgeschlossen. Die Entscheidung, in Beitrittsverhandlungen mit Rumänien einzutreten, traf der Europäische Rat erst auf seinem Gipfeltreffen im Dezember 1999. Die Teilnehmer des EU-Ratsgipfels in Kopenhagen hatten im Dezember 2002 beschlossen, zehn der zwölf Beitrittskandidaten im Jahre 2004 in die EU aufzunehmen. Rumänien und Bulgarien konnten immerhin erreichen, daß sich der Europäische Rat das von ihnen zuvor einseitig fixierte Beitrittsdatum – Januar 2007 – zu eigen machte.

Die Verhandlungen über den EU-Beitritt Rumäniens begannen im Jahre 2000, die über das Kapitel 7 (Landwirtschaft) im Dezember 2001, als Rumänien bei der EU-Kommission sein Positionsdokument für die Verhandlungen hinterlegte. Im Oktober 2002 überreichte die Regierung in Brüssel das aktualisierte Positionsdokument zum Kapitel Landwirtschaft.

Die rumänischen Verhandlungsführer gehen davon aus, daß die Umsetzung des *acquis communautaire* im Bereich Landwirtschaft Ende 2003 vollzogen sein wird. Die Verhandlungen über die nichtfinanziellen Aspekte von Kapitel 7 sollen zur Jahresmitte 2004, jene über die finanziellen Aspekte im Oktober 2004 abgeschlossen werden.

In seinem aktualisierten Positionsdokument[48] beantragt Rumänien eine Übergangsfrist für die Umsetzung des *acquis communautaire* in der Phase nach dem Beitritt. Während dieser Frist von fünf Jahren (bis zum 31.12.2012) sollen Maßnahmen *(safeguard measures)* zum Schutz vor Importen landwirtschaftlicher Produkte aus einem oder mehreren EU-Mitgliedsländern ergriffen werden können, falls diese Importe den heimischen Markt stören oder stören könnten. Bekanntlich hatte die EU den Beitrittsländern Österreich, Finnland und Schweden seinerzeit ebenfalls die Möglichkeit eingeräumt, beitrittsbedingten Handelsverlagerungen durch Übergangsmaßnahmen vorzubeugen.[49] Die rumänische Seite begründet ihren Antrag mit den relativen Wettbewerbsvorteilen, den Waren aus den alten EU-Ländern genießen, deren Agrarwirtschaft über einen längeren Zeitraum hinweg von den Strukturreformen und den gemeinsamen Marktorganisationen der EU profitiert hätten. Darüber

46 *Centre for Co-operation with Non-Members (OECD)*, Review of Agricultural Policies. Romania [wie Fn. 8], S. 59–60.
47 Seit Inkrafttreten des sogenannten »double-zero«-Zusatzprotokolls zum Europaabkommen zwischen Rumänien und der EU am 1. Juli 2000 und des »double-profit«-Zusatzabkommens im Handel zwischen Rumänien und der EU am 1. Januar 2003 sind 89% der landwirtschaftlichen Ausfuhren Rumäniens in die EU und 43% seiner Einfuhren aus der EU zollfrei und nicht subventioniert.
48 Conferința interguvernamentală pentru aderarea la Uniunea Europeană. România. Documentul de poziție al României pentru Capitolul 7 [Positionsdokument Rumäniens, Kapitel 7 – Landwirtschaft], <http://www.mie.ro/Negocieri/Romana/Documente_Pozitie/Rom/CAPO7-DP.doc>, S. 3–4.
49 *Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, Erweiterung und Landwirtschaft: Die erfolgreiche Integration der neuen Mitgliedstaaten in die GAP. Diskussionspapier, Brüssel, 30.1.2002, SEK(2002)95 endgültig, S. 27.

hinaus wird auf das chronische Defizit Rumäniens in seinem Agrarhandel mit der EU verwiesen. Im Zuge des EU-Beitritts einiger ehemaliger Cefta-Staaten würde sich dieses Defizit weiter zuungunsten Rumäniens verschieben.[50]

Um die Grundlage für die Direktzahlungen zu ermitteln, die ein künftiges EU-Mitglied aus dem Budget der Gemeinschaft zu erwarten hat, wird vor dem Beitritt über Referenzzeiträume und Grundflächen verhandelt. Nach deren Festlegung werden die Erzeugungsquoten für die Direktzahlungen festgesetzt. In seinem Positionspapier hat sich Rumänien für den Referenzzeitraum 1989–1991 und im Hinblick auf durchschnittliche Hektarerträge für den Zeitraum 1986–1991 entschieden. Die Grundfläche, die insofern als Grundlage für Direktzahlungen dienen soll, beträgt 6 891 100 ha. Sie soll ohne regionale Differenzierungen für den gesamten Anbauraum und für alle Kulturpflanzen mit Ausnahme von Reis gelten. Für den Anbau von Reis wird eine Basisfläche von 17 000 ha als Grundlage für Ausgleichszahlungen beantragt.[51]

Zu den von Rumänien angemeldeten Verhandlungsforderungen gehören zudem

- Erzeugungsquoten für Kartoffelstärke, Trockenfutter, weißen Zucker, Milch;
- Anerkennung nationaler Prämienhöchstgrenzen für Rinder, Schafe und Ziegen;
- Beibehaltung einer Reihe staatlicher Beihilfen nach dem Beitritt;
- Produktschutz für anerkannte regionaltypische rumänische Erzeugnisse.

Nicht zuletzt wegen der öffentlichen Aufmerksamkeit, die den Bereichen Gesundheitsschutz und Seuchenbekämpfung als Folge der BSE-Krise in den Mitgliedstaaten zuteil wurde, gehören sie zu den vordringlichsten, aber auch den schwierigsten Aufgaben, die Rumänien in der Vorbeitrittsphase zu erfüllen hat.[52] Die Schwierigkeiten Rumäniens ähneln denen der anderen ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten, die auch noch nach ihrer im Mai 2003 erfolgten Aufnahme in den »Frühwarnungen« der EU-Kommission wegen ihres Rückstandes auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit von der Kommission gerügt wurden.[53]

Im rumänischen Positionspapier werden darüber hinaus Übergangsfristen für die Registrierung landwirtschaftlicher Flächen, die Angleichung des Veterinär- und Pflanzenschutzrechts und die Umsetzung der Strategie der Lebensmittelsicherheit gefordert, und zwar genauer:

- von vier Jahren bis zum 31.12.2010 für die Erstellung eines Weinbauregisters;
- von acht Jahren bis zum 31.12.2014 für Maßnahmen zur Eliminierung von Hybriden im Weinbau;
- von drei Jahren bis zum 31.12.2009 zur Umsetzung des Verbots der Impfung gegen die klassische Schweinepest;
- von drei Jahren bis zum 31.12.2009 für die Modernisierung von Schlachthäusern und fleischverarbeitenden Betrieben;
- von drei Jahren bis zum 31.12.2009 für die Modernisierung von Molkereien;
- von drei Jahren bis zum 31.12.2009 für das Erreichen der EU-Standards bei Frischmilch.

Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Lettland, Litauen und der Slowakei hatte die EU zuvor Fristen von drei Jahren für die Modernisierung ihrer Lebensmittelbetriebe zugestanden. Produkte, die aus nicht modernisierten Verarbeitungsbetrieben stammen, dürfen nach Ablauf der Frist nicht innerhalb der EU verkauft, sondern müssen im eigenen Lande konsumiert werden.

50 Conferința interguvernamentală pentru aderarea la Uniunea Europeană [wie Fn. 48], S. 14.

51 Die Flächen- und Ertragszahlen des gewählten Referenzzeitraums weichen nicht wesentlich von neueren Zahlen ab. Rumänien hätte also für den Fall keine großen Einbußen zu erwarten, daß sich der Europäische Rat ebenso wie im Falle der 2004 beitretenden Kandidatenländer für die jüngsten historischen Referenzzeiträume entscheidet, für die statistische Daten verfügbar sind.

52 Der rumänische EU-Chefunterhändler Vasile Puşcaş in einem Interview mit der Tageszeitung Ziua (Bukarest), 22.4.2003.

53 Uniting Europe, (5.5.2003) 230.

Die Strategie des Beitritts zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

Die EU-Beitrittsstrategie Rumäniens deckt sich gegenwärtig in weiten Teilen mit der Reformstrategie des Landes. Sie unterscheidet sich in ihren Zielvorstellungen aber nicht unwesentlich von der unmittelbar nach 1990 verfolgten Agrarpolitik. Bis 1996 hatten die Lebensmittelsicherheit und die Stützung der Konsumentenpreise Vorrang vor der grundlegenden Umstrukturierung der gesamten Lebensmittelkette. Nach 1996 kam es zur Preisliberalisierung und zur weitgehenden Öffnung des rumänischen Agrarmarktes. Wegen gesamtwirtschaftlicher Krisensymptome und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit rumänischer Agrarprodukte blieb allerdings der erhoffte Aufschwung aus. Gegenwärtig unterstützen Politiker aller Parteien ebenso wie die große Mehrheit der Bevölkerung die Strategie der Gleichzeitigkeit von Integrations- und Reformpolitik. Anders als die Reformempfehlungen des Internationalen Währungsfonds, die oft kritisch kommentiert werden, werden die im Zuge der EU-Integration fälligen Reformmaßnahmen in der rumänischen Öffentlichkeit als sinnvoll und notwendig angesehen. Es dürfte sich auf den Prozeß der Integration der rumänischen Landwirtschaft positiv auswirken, daß anders als beispielsweise in Polen nicht mit politischem Widerstand euroskeptischer Parteien oder landwirtschaftlicher Verbände gegen die Integrationspolitik und Reformvorhaben der Regierung gerechnet werden muß. Rumänische Experten fordern allerdings, daß im Zuge der Integration nationale Interessen und Ziele klarer benannt werden und daß in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird, inwieweit die aktuelle EU-Integrationspolitik auf lange Sicht die spezifischen wirtschaftlichen Interessen und die sozialen Probleme des Landes berücksichtigt.[54]

Die Agrarstrategie der Regierung[55] verfolgt in Übereinstimmung mit den Vorgaben der EU[56] das Ziel, eine leistungs- und wettbewerbsfähige Agrarwirtschaft aufzubauen, die institutionelle Architektur für die Umsetzung des *acquis communautaire* zu errichten und das Land in das Agrarhandelssystem der EU zu integrieren.

Konsolidierung der Betriebsstrukturen

Die wichtigste Aufgabe der rumänischen Landwirtschaftspolitik wird in den kommenden Jahren darin bestehen, den Privatisierungsprozeß abzuschließen, die Konzentration der derzeit kleinen und zersplitterten Betriebe zu größeren, zusammenhängenden, wirtschaftlich lebensfähigen Einheiten zu fördern und die verbleibenden kleineren Subsistenz- oder Semisubsistenz-Betriebe zu konsolidieren. Seit Beginn der Verhandlungen mit der EU im Jahre 2000 wurden gesetzliche Regelungen getroffen, um den – im Unterschied zu den früh restituierten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften – lange hinausgezögerten Prozeß der Privatisierung und Restitution der Staatsgüter zum Abschluß zu bringen und die Privatisierung im Bereich der Nahrungsmittelindustrie zu beschleunigen. Um zu verhindern, daß Agrarland weiterhin brachliegt, werden seit 2003 Steuern auf landwirtschaftliche Flächen erhoben und Bußgelder verhängt, wenn Land nicht bearbeitet wird.[57] Damit sollen Bodenbesitzer dazu gedrängt werden, nicht genutztes Agrarland zu verkaufen, zu verpachten oder zu konzessionieren. Mit diesen Mitteln will man der extremen Aufsplitterung der landwirtschaftlichen Fläche in Kleinstbetriebe entgegenwirken. Um älteren Arbeitnehmern unter der Bedingung, daß sie ihren Grundbesitz veräußern oder langfristig verpachten, den Eintritt in den vorgezogenen Ruhestand attraktiv erscheinen zu lassen, hat die Regierung für Januar 2004 die Verdoppelung der (extrem niedrigen) Agrarrenten von rund 1,7 Mio. Personen verfügt. Der Anteil

54 So eine vom Europäischen Institut Rumäniens veröffentlichte und von Phare geförderte Studie über die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die rumänische Landwirtschaft: *Leonte/Giurea/Câmpeanu*, Politica agricolă comună – consecințe asupra României [wie Fn. 36].

55 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor* (Hg.), Strategia de dezvoltare a agriculturii, industriei alimentare și silviculturii [wie Fn. 6], S. 1.

56 Siehe auch die Vorschläge der EU-Kommission für die aktualisierte Beitrittspartnerschaft, Brüssel, 26.3.2003, KOM(2003) 143 endgültig.

57 Werner *Kremm*, Unbearbeitetes Ackerland, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 25.7.2002.

der 60- bis 80jährigen Haushaltsvorstände liegt auf dem Lande immerhin bei 56,8%.[58]

Wirtschaftliche Anreize wie produktgebundene Subventionen, Kredite und Investitionshilfen für die Bildung größerer Betriebe stellt auch das 2002 erlassene Gesetz über die landwirtschaftlichen Betriebe *(exploataţii)* Nr. 166 (2002)[59] Farmen ab einer bestimmten Größenordnung in Aussicht. Seit Inkrafttreten konstituierten sich insgesamt 13 974 Großbetriebe *(exploataţii)* auf einer Gesamtfläche von 3 144 856 ha (davon 12 916 Handelsgesellschaften, 430 Familienbetriebe und 628 gemischte Betriebe), die in den Genuß dieser Vergünstigungen kommen wollten. Die meisten dieser neu konstituierten Betriebe mit einer Durchschnittsfläche von 345 ha entstanden im Getreide- und Ölsaatensektor der südrumänischen Tiefebene.[60]

Die Strategie der Regierung, die Konzentration landwirtschaftlicher Betriebe durch ökonomische Anreize zu fördern, wird allein nicht ausreichen und steht zudem im Widerspruch zum Prinzip der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, das Direktzahlungen innerhalb der EU bereits ab einer Fläche von 0,3 ha und sehr niedrigen Tierbeständen vorsieht. Daher plant die Regierung nun, das Gesetz im Sinne der EU-Vorgaben umzuändern, damit die darin vorgesehenen Vergünstigungen fortan auch kleineren Betrieben zugute kommen können. Für Direktzahlungen an Großbetriebe gilt künftig eine Obergrenze. Im Herbst 2003 wird auch das lange überfällige Kreditgesetz Nr. 150/2003 in Kraft treten, das die Vergabe von Darlehen an die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe erleichtert. Die Regierung will die Inhaber kleiner und mittlerer Betriebe künftig dabei unterstützen, über den Eigenbedarf hinaus auch für den Markt zu produzieren. Geplant ist in diesem Zusammenhang,

- die Mehrwertsteuer auf Frischprodukte abzuschaffen, um Kleinbetrieben den Weg in den formalen Lebensmittelmarkt zu ebnen, die Bildung von Zusammenschlüssen zur Produktvermarktung zu fördern und die Chancen für den Absatz rumänischer Produkte auf dem heimischen Markt zu verbessern;
- Kleinunternehmer im Bereich der Milchwirtschaft Darlehen für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualitätskontrolle, der Lagerung und Vermarktung ihrer Produkte zu gewähren;
- Umweltstandards im Bereich der Landwirtschaft zu verbessern und
- Informations- und Beratungsstellen einzurichten, um den Bauern bei der Umsetzung der Qualitäts- und Umweltstandards sowie bei der Antragstellung für die im Sapard-Programm vorgesehenen Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung zu helfen.

Von besonderer Bedeutung für die Einhaltung der EU-Standards im veterinären und phyto-sanitären Bereich ist die Kontrolle der Agrarimporte an den Grenzen. An den wichtigsten Grenzübergängen des Landes gibt es zur Zeit 20 Grenzinspektionsposten für einschlägige Quarantänemaßnahmen. Das landesweite Kontrollnetz umfaßt 42 Einheiten, so daß auf jeden Verwaltungsbezirk (Kreis/Judeţ) eine Einheit kommt. Im Bereich Tierschutz ist das Kontrollregime an den Grenzen noch nicht über das Planungsstadium hinaus gediehen. Für die Überwachung und die Laboruntersuchungen auf BSE wurde ein landesweites Netzwerk von 16 Labors eingerichtet. Diese Maßnahmen sind nicht nur kostspielig, ihre Realisierung braucht auch Zeit. Trotz des Rückstands bei den Grenzkontrollvorrichtungen wurde Rumänien im Ergebnis einer Evaluierung durch EU-Experten hinsichtlich des BSE-Länderrisikos der dritten Risikokategorie zugeordnet,[61] die Ausfuhr von Lebendrindern und Rindfleischprodukten in die EU-Mitgliedstaaten wurde erlaubt. Im Jahre 2002 stufte die EU Rumänien als brucellosefreies Land ein (Brucellose ist eine Infektionskrankheit von Nutztieren).

Um die Qualität der einheimischen Lebensmittel anzuheben, sieht die Strategie des Bukarester Landwirtschaftsministeriums die Registrierung und den Schutz der traditionellen Lebensmittel und Getränke sowie die Einführung der EU-Qualitäts- und Marketingstandards vor. Der Staat fördert zur Zeit die Einhaltung von Qualitätsstandards durch Direktsubventionen. Zudem beteiligt er sich an der Finanzierung

58 *Timariu*, Fărâmiţarea agriculturii – o frână a dezvoltării economice [wie Fn. 35].

59 Gesetz Nr. 166/2002, veröffentlicht in Monitorul Oficial al României (rumänisches Amtsblatt), Nr. 256, 16.4.2002. Vorausgegangen war dem Gesetz der Dringlichkeitserlaß Nr. 108/2001.

60 *Ministerul Agriculturii, Alimentaţiei şi Pădurilor* (Hg.), Agricultura, industria alimentară şi silvicultura după doi ani de guvernare PSD 2001–2002 [wie Fn. 40], S. 68.

61 Kategorie I: BSE-Risiko sehr unwahrscheinlich; Kategorie II: BSE-Risiko unwahrscheinlich, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden; Kategorie III: BSE-Risiko wahrscheinlich, wenn auch nicht bestätigt, oder Vorhandensein eines bestätigten geringen BSE-Risikos; Kategorie IV: Bestätigtes hohes BSE-Risiko; vgl. <http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/library/press/press138_de.html>.

von Anschaffungen durch Subventionen in Höhe von bis zu 50% des Kaufpreises von zertifiziertem Saatgut und von bis zu 55% des Kaufpreises von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen aus heimischer Produktion. Im Zuge der Beitrittsverhandlungen prüft die rumänische Regierung, ob weitere staatliche Hilfen wie beispielsweise die Subventionen für Bewässerungsanlagen und Drainagearbeiten auch nach dem Beitritt zulässig sind. Ebenfalls fraglich ist, ob die zur Zeit gewährten Vergünstigungen (Steuerbefreiung etc.) und die kostenlose Bereitstellung landwirtschaftlicher Flächen für Forschungsanstalten beibehalten werden können.

Aufbau der Institutionen für die Umsetzung des »acquis communautaire«

Flankiert werden die Maßnahmen zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes. In diesem Zusammenhang spielt das EU-Vorbeitrittsprogramm Sapard (Special Accession Programm for Agriculture and Development) eine wichtige Rolle. Die Umsetzung von Sapard stellt zudem auch einen ersten Test für die Leistungsfähigkeit jener Institutionen dar, die nach dem EU-Beitritt Rumäniens mit der Vergabe und Verwaltung der dann sehr wichtigen Strukturfonds befaßt sein werden. Am 12. Dezember 2000 genehmigte die Kommission den von Rumänien erarbeiteten Plan zur Förderung der Landwirtschaft und zur Entwicklung des ländlichen Raumes, der das Land auf die vollständige Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik und am Binnenmarkt vorbereiten soll.[62] Der Plan diente als Grundlage für die Erarbeitung des rumänischen Sapard-Programms. Am 2. Februar 2001 unterzeichnete EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler das Abkommen über die Finanzierung des rumänischen Sapard-Programms, am 1. August 2002 wurde die Verwaltung der Mittel aus diesem Programm an die neu gegründete rumänische Sapard-Agentur übertragen. Parallel dazu wurde eine Zahlstelle eingerichtet, die nach dem Sapard-Modell zentral und regional strukturiert ist. Die beiden ersten zwischen der rumänischen Regierung und Sapard vereinbarten Maßnahmenpakete betreffen die Felder Nahrungsmittelverarbeitung und Marketing sowie ländliche Infrastruktur. Ein drittes Paket von Maßnahmen betrifft Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe.

Die Finanzierung der EU-Vorbeitrittsprogramme im Bereich Landwirtschaft sind bis zum Jahresende 2006 gesichert. Zu diesem Zeitpunkt läuft auch das Sapard-Programm aus. Schwierigkeiten hinsichtlich der Kofinanzierung der EU-Programme zeichneten sich indes bereits während des ersten Jahres der Umsetzung von Sapard ab. Die Kofinanzierungsregelung der EU, so ist auch aus anderen Beitrittsstaaten zu hören, trage den transformationsbedingt begrenzten finanziellen Möglichkeiten dieser Staaten nicht genügend Rechnung.[63] Aufgrund des Finanzierungsabkommens unter Sapard erhält Rumänien während des gesamten Programmplanungszeitraums 2000–2006 jährlich 153,2 Mio. Euro in Form nichtrückzahlbarer Kredite; insgesamt stehen 1.051,4 Mio. Euro zur Verfügung, was 29% des Sapard-Gesamtfonds entspricht. Aus dem rumänischen Staatshaushalt sollen 25% aller unter diesem Programm laufenden Projekte (entsprechend jährlich 50 Mio. Euro) finanziert werden. Sofern private Investoren an Sapard-Programmen beteiligt sind, müssen sie 50% der Finanzierung beisteuern. Zahlreiche Kommunen und Gemeinden haben jedoch Schwierigkeiten, die zur Kofinanzierung nötigen Mittel bereitzustellen. 15% der Mittel aus Rumäniens Sapard-Fonds fließen in landwirtschaftliche Betriebe, 17% in die Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen und Fischereiprodukten, 28% in ländliche Infrastrukturprojekte, 3% in das Management von Wasserressourcen, 10% in Aufforstungsmaßnahmen, 5% in Berufsbildungsmaßnahmen sowie – als einziges Beitrittsland – 3% in Maßnahmen zur Qualitätskontrolle.[64] Um dem endemischen Kapitalmangel in Rumänien abzuhelfen und potentiellen privaten Interessenten entgegenzukommen, schraubte die Sapard-Agentur kürzlich die Hürden für Antragsteller herunter und schloß ein Abkommen mit 20 Handelsbanken über Finanzierungshilfen für Sapard-Projekte.[65]

62 Programme und Finanzierungshilfen für ländliche Restrukturierungsprogramme in Rumänien laufen auch über die Weltbank, darunter ein Programm zur Schaffung von Verdienstmöglichkeiten im ländlichen Raum und zur Wiederherstellung der Bewässerungsanlagen. Siehe hierzu: <http://www.worldbank.org.ro>.

63 *Committee on the Environment, Agriculture and Local and Regional Affairs*, Agriculture and Enlargement of the European Union, Report, 21.5.2003, DOC.9812.

64 Klaus *Frohberg*/Steffen *Abele*, The Rural Economies in the EU-Accession Countries, in: Ieda *Osamu* (Hg.), Transformation and Diversification of Rural Societies in Eastern Europe and Russia, Hokkaido 2001, S. 311–340.

65 Daniel *Oanță*, SAPARD »relaxează condițiile de acces la fon-

Im Zuge der Implementierung der Gemeinsamen Agrarpolitik muß Rumänien Gemeinsame Marktorganisationen (GMO) aufbauen. Dazu sind tiefgreifende institutionelle Änderungen notwendig, zumal die rumänische Regierung darüber hinausgehend beabsichtigt, bereits während der Vorbeitrittsphase soweit wie möglich von den bisher praktizierten produktbezogenen Direktzahlungen auf die vereinfachten flächenbezogenen Zahlungen nach EU-Muster umzusteigen. Auf diese Weise könnte das für die Zeit nach dem Beitritt vorgesehene Zahlungssystem der Europäischen Union bereits ab dem Beitrittsjahr 2007 eingeführt werden. Dieses Ziel soll in mehreren Schritten erreicht werden:

- *1. Trimester 2003:* Beginn der Aufstellung eines Zentralregisters aller landwirtschaftlichen Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Kataster, Geodäsie und Kartographie als Vorstufe für die Umsetzung des Integrierten Kontroll- und Verwaltungssystems (IACS) der EU.
- *Herbst 2003:* Das Landesamt für Kataster, Geodäsie und Kartographie soll das System für die Identifizierung der Bodenparzellen (LPIS) aufgrund der bereits abgeschlossenen Pilotprojekte ausarbeiten.
- *Ab 2004:* Aufnahme der Direktzahlungen auf der Basis der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Bis zur Feststellung der genauen Flächenmaße könnten in der ersten Phase die für die Rückübereignung des Bodens als Berechnungsgrundlage benutzten Unterlagen herangezogen werden.
- *Ab 2005:* Nach Fertigstellung des Systems für die Identifizierung der Bodenparzellen (LPIS) erhalten alle darin aufgeführten Bauern Karten oder Luftaufnahmen ihres Grundbesitzes mit der Auflage, jene Flächen zu bezeichnen, die sie für eine Bewirtschaftung vorgesehen haben. Ihre Angaben werden 2005/2006 mit Luftaufnahmen verglichen.
- *2006:* Bis spätestens 2006 will man die flächenbezogenen Direktzahlungen auf alle landwirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt und alle Anträge in das Zentralregister aufgenommen haben. Anhand einer repräsentativen Auswahl soll eine Kontrolluntersuchung durchgeführt werden.[66]

Im Zentrum der mit Blick auf die EU-Integration notwendigen institutionellen Veränderungen steht die Neuordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Zum 15. April 2002 wurde mit der Umstrukturierung des Ministeriums im Sinne der institutionellen Erfordernisse der Beitrittsvorbereitung sowie mit der Anpassung an den *acquis communautaire* begonnen. Es ist geplant, innerhalb der bereits eingerichteten und einem Staatssekretär unterstellten Generaldirektion für die Ausarbeitung und Abstimmung politischer Strategien und Programme eine neue Abteilung für Wirtschaftsanalyse zu gründen, desgleichen ein Büro für staatliche Beihilfen und eine Abteilung für die Kontrolle der Zahlungen aus dem Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL). Die im Aufbau befindliche Zahlstelle für die EAGFL-Fonds wird zum Jahresende 2006 mit der Sapard-Agentur fusionieren. In Planung sind auch das für den EU-Beitritt unerläßliche Informationsnetz Landwirtschaftliche Buchführung (INLB), ein System für die Prüfung und Auszeichnung ökologischer Erzeugnisse, ein Informationsdienst des Ministeriums sowie ein landesweites Netz von Agrarberatungsstellen. Die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Abteilungen im Landwirtschaftsministerium sowie mit den anderen in den Beitrittsprozeß eingebundenen Behörden (Gesundheitsministerium, Amt für Verbraucherschutz, Katasteramt etc.) wird institutionalisiert und verstetigt. Neue Stellen in den nach EU-Vorbild neu geschaffenen Verwaltungen werden vorzugsweise mit jüngeren, in Westeuropa ausgebildeten Fachkräften wie dem für Europäische Integration zuständigen Staatssekretär Valeriu Steriu besetzt. Das bisherige Ausbildungscurriculum an vier einschlägigen Universitätsinstituten soll den Bereichen Betriebswirtschaft und Marketing künftig mehr Beachtung schenken. Beim Landwirtschaftsministerium läuft zur Zeit ein neuartiges Ausbildungsprogramm für Fachleute, die im Rahmen des Vorbeitrittsprogramms Sapard benötigt werden. Studenten aller Agrarhochschulen des Landes haben neuerdings die Möglichkeit, in den Sapard-Dienststellen Praktika zu absolvieren.[67]

durile comunitare« [Sapard »entspannt« die Bedingungen des Zugangs zu den Gemeinschaftsfonds], in: Adevărul, 7.2.2003.

66 *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor [Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten]* (Hg.), Strategia agricolă și rurală pentru aderarea la Uniunea Europeană [Die Strategie der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung für den Beitritt zur Europäischen Union], Bukarest, Februar 2003, S. 38–43.

67 <http://www.maap.ro>.

Anpassung der Außenhandelspolitik an die GAP der EU

Als Mitglied des Gatt (seit 1971) und seiner Nachfolgeorganisation WTO (seit 1995) hat Rumänien als einziges ehemaliges RGW-Land den Status eines Entwicklungslandes. Für diese Länder gelten im Handel mit Agrarprodukten günstigere Importzölle und Exportbeihilfen als für entwickelte Staaten. Da Rumänien jedoch den EU-Beitritt anstrebt, versucht Bukarest bereits in der Vorbeitrittsphase, die Verpflichtungen gegenüber der Welthandelsorganisation mit jenen gegenüber dritten Handelspartnern in Einklang zu bringen. Dabei bemüht sich die Regierung auch darum, die eigene Verhandlungsposition abzustimmen mit derjenigen der EU im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungsrunde – mit Erfolg, wie der für Landwirtschaft zuständige EU-Kommissar Franz Fischler anläßlich eines Besuchs in Rumänien betonte.[68] Um eventuelle Kompensationsforderungen nach dem EU-Beitritt auszuschließen, werden im Handel mit Drittstaaten keine Zolltarife mehr festgesetzt, die niedriger sind als die in der EU gültigen Zölle. Bei der OECD rechnet man damit, daß Rumänien nach der Entbindung von seinen WTO-Verpflichtungen im Jahre 2004 auf seinen bisherigen Status als Entwicklungsland zugunsten einer Einstufung als entwickeltes Land verzichten wird.[69] Käme der EU-Beitritt nicht zustande, so die Autoren einer Studie über den Zusammenhang zwischen Rumäniens WTO-Verpflichtungen und der Übernahme der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik,[70] hätte es Rumänien in Zukunft schwerer, seine WTO-Verpflichtungen zu erfüllen und international wettbewerbsfähig zu werden.

68 Franz *Fischler*, Perspectives of Enlargement for the Romanian Agriculture, Bucharest, Speech/01/577, 26.11.2001, S. 4.
69 *Centre for Co-operation with Non-Members (OECD)*, Review of Agricultural Policies. Romania [wie Fn. 8], S. 72.
70 S. *Davidova*/D. *Giurca*/L. J. *Hubbard*/M. A. *Rusali*, WTO Commitments and CAP Adoption in Central and East European Countries: The Case of Romania, in: MOCT-MOST, 9 (1999) 3, S. 273–290.

Chancen und Risiken des EU-Beitritts für die rumänische Landwirtschaft

Die Vorteile eines Beitritts zur Europäischen Union liegen klar auf der Hand. Sie lassen sich beschreiben mit den Stichworten Stabilität (der Geschäftsentwicklung und der Preise), Vorhersehbarkeit, klare Spielregeln, Modernisierung und finanzielle Ressourcen. Hinzu kommen der (teilweise bereits eingeleitete) Wegfall der Zölle und der Verminderung bürokratischer Hemmnisse zwischen Produzenten und Abnehmern auf dem großen europäischen Binnenmarkt. Eine reine Kosten-Nutzen-Rechnung fällt für die Vorbeitrittszeit ungünstiger aus als für die Zeit danach. Rumänische Experten haben errechnet, daß die Aufwendungen, die im Zuge der Verhandlungen über das Kapitel Landwirtschaft für konkrete Reformen anfallen, mit 630,4 Mio. Euro allein im Jahre 2003[71] höher liegen als die im selben Jahr zu erwartende Unterstützung von 100 Mio. Euro durch Finanzierungsprogramme der EU. Nach dem Beitritt würde sich das Verhältnis von eigenen Aufwendungen und EU-Hilfen allerdings allmählich umkehren. Zur Zeit steht aber noch nicht fest, wie hoch die finanziellen Transfers der EU ausfallen werden, mit denen Rumänien nach dem Beitritt rechnen kann.

Wettbewerbsschwäche und Standortvorteile

Die Bilanz des bisherigen Agrarhandelsaustausches mit den Staaten der EU hat gezeigt, daß rumänische Produkte – wie jene der meisten anderen Beitrittsländer – nur sehr begrenzt wettbewerbsfähig waren und Rumänien die ihm eingeräumten Quoten für die Ausfuhr in die EU-Staaten nur in geringem Ausmaß ausschöpfen konnte. Als Nachteile wirken sich aus: die im EU-Vergleich niedrige Qualität der Produkte, die Ineffizienz der verarbeitenden Industrie, die schwach entwickelte Marktinfrastruktur und die hohen Transportkosten. Agrarwissenschaftler haben aufgewiesen, daß nur bestimmte rumänische Agrarprodukte (pflanzliche Erzeugnisse und Getreide) im Zeitraum zwischen 1999–2001 einen komparativen Vorteil gegenüber EU-Produkten hatten.[72]

Dabei ist das Volumen des Agrarhandels Rumäniens mit EU und Cefta zur Zeit beträchtlich: Im Jahre 2001 gingen 54% der rumänischen landwirtschaftlichen Exporte in die EU, 14% in die Cefta-Staaten, 32% der rumänischen Einfuhren stammten aus den Staaten der EU, 24% aus den Cefta-Ländern. Der größte Teil der rumänischen Lebensmittelimporte kam 1998 aus Ungarn, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Brasilien, den Niederlanden, der Türkei, Polen, Österreich, Griechenland, Frankreich, Italien, Belgien und der Tschechischen Republik. Die wichtigsten Zielländer für rumänische Agrarexporte waren in demselben Jahr Italien, die Türkei, die Bundesrepublik Deutschland, Ungarn, Polen, Syrien, Griechenland, die Republik Moldau, Israel, Österreich, die Niederlande und Frankreich.[73] Mit zunehmender gegenseitiger Öffnung der Agrarmärkte Rumäniens einerseits und der EU und Cefta andererseits wird die geringe Wettbewerbsfähigkeit der rumänischen Agrarprodukte erkennbar. Das zeigt sich etwa an der Struktur des Handelsaustausches: Der überwiegende Teil der rumänischen Agrarausfuhren besteht aus nicht veredelten Primärerzeugnissen, vor allem Getreide, Ölsaaten sowie Lebendvieh. Die einzigen in größeren Mengen ausgeführten veredelten rumänischen Agrarprodukte sind Weine und Sonnenblumenöl.[74] Bei den Einfuhren dominieren veredelte Lebensmittel (Zucker und Zuckerprodukte, Kakao, Kaffee, Fleisch und Fleischprodukte, Fette und Öle), Tabakerzeugnisse

71 Ioana *Speteanu*, Cel mai costisitor an al negocierilor a luat startul [Das kostspieligste Jahr der Verhandlungen hat begonnen], in: Capital, (30.1.2003) 5.

72 *Leonte/Giurea/Câmpeanu*, Politica agricolă comună – consecințe asupra României [wie Fn. 36], S. 43.

73 Siehe hierzu: *Centre for Co-operation with Non-Members (OECD)*, Review of Agricultural Policies. Romania [wie Fn. 8], S. 63 und S. 64. Zur Zeit gehen 89% der landwirtschaftlichen Ausfuhren Rumäniens in die EU, 43% seiner Einfuhren sind zollfrei und werden nicht exportsubventioniert, nachdem zum 1. Juli 2000 das sogenannte »double-zero«-Zusatzprotokoll zum Europaabkommen und zum 1. Januar 2003 das »double-profit«-Zusatzabkommen im Handel zwischen Rumänien und der EU in Kraft getreten ist.

74 Rüdiger *Heining*/Simona *Bara*, Agriculture – An Important Economic Sector for Romania: Analysis and Possible Development, in: South-East Europe Review for Labor and Social Affairs (Düsseldorf), 2 (Oktober 1999) 3, S. 95–110.

und Getränke. Nicht einmal im Handelsaustausch mit dem Cefta-Land Ungarn erwiesen sich die rumänischen Agrarerzeugnisse als wettbewerbsfähig – nicht nur weil die Arbeitsproduktivität in Ungarn höher ist, sondern auch wegen der dort praktizierten gezielten Stützungspolitik für ausgewählte Erzeugnisse und der massiven Exportsubventionierung.[75] Bereits 1998 mußte Rumänien für Weizenimporte und seit 1999 für Importe von Schweine- und Geflügelfleisch aus Ungarn einseitige Schutzmaßnahmen beantragen.[76]

Seine wichtigsten Standortvorteile – niedrige Bodenpreise und niedrige Löhne – wird Rumänien aller Voraussicht nach nur ungenügend zur Geltung bringen können. Zur Zeit ist Agrarland noch vergleichsweise billig. In den ersten Monaten dieses Jahres lagen die Hektarpreise in Rumänien bei 100–200 US-Dollar (zum Vergleich: in Polen kostete ein Hektar Agrarland 300–500 US-Dollar, in der Bundesrepublik Deutschland 8.668 US-Dollar).[77] Noch können EU-Bürger kein Ackerland in Rumänien kaufen. Das wird, wenn Rumänien der EU wie vorgesehen 2007 beitritt, erst 2012 möglich sein. Allerdings werden EU-Bürger schon unmittelbar nach dem Beitritt Rumäniens dort Grund und Boden für ihren Hauptwohnsitz und ab 2012 auch für einen Zweitwohnsitz erwerben dürfen. Mit den Beitrittschancen Rumäniens stieg das Interesse ausländischer Investoren am Erwerb von Agrarbetrieben. Ihr Augenmerk gilt aber vor allem den großen, zusammenhängenden landwirtschaftlicher Flächen[78] mit guter Bodenqualität aus dem Bestand der ehemaligen Staatsgüter, deren Böden gemäß modernen technologischen Standards bearbeitet wurden. Als Folge der nach 1989 betriebenen Restitutionspolitik sind die von ausländischen Investoren bevorzugten großen Anbauflächen jedoch nur in ungenügendem Umfang vorhanden. Insbesondere im Kreis Timis, im Westen des Landes, sind im Zuge der Privatisierung der dort angesiedelten Staatsgüter in den vergangenen Jahren praktisch alle verfügbaren großen Ackerflächen an italienische, österreichische und deutsche Unternehmen verkauft worden. Die Preise sind dort entsprechend von 100 Euro/ha im Jahre 1997 auf 1500 Euro/ha im Jahre 2002 angestiegen. Wie überall in den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern werden die Bodenpreise durch Spekulanten in die Höhe getrieben. Interessenten haben im wesentlichen drei Möglichkeiten ausgemacht, wie sie noch vor Ablauf der für EU-Bürger geltenden Sperrfristen Land kaufen können: durch den Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft, die Gründung von Handelsgesellschaften mit rumänischen Partnern und den Kauf über rumänische Strohmänner.[79]

Der Vorteil niedriger Bodenpreise könnte also sehr rasch verspielt sein. Einmal in Gang gekommen, könnte der Anstieg der Bodenpreise eine Preissteigerungsspirale für landwirtschaftliche Güter zur Folge haben. Diese wiederum würde unweigerlich zu Preiserhöhungen auf dem Binnenmarkt und damit zu einer weiteren Belastung der einheimischen Konsumenten führen, die bereits einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres konsumtiven Budgets für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Seit der Wende hat sich das relative Armutsrisiko generell in den ländlichen Gebieten der Transformationsstaaten erhöht. Ein großer Teil der (absolut) Armen in diesen Staaten lebt auf dem Lande – in Ungarn sind es knapp unter, in Rumänien über 60%.[80]

Billige Arbeitskräfte sind zweifellos ein komparativer Vorteil, aber nur so lange, wie er nicht durch eine niedrige Arbeitsproduktivität relativiert wird, die als Folge einer zu hohen Zahl ländlicher Arbeitskräfte entstehen kann. Die Arbeitsproduktivität in der rumänischen Landwirtschaft liegt bei nur 5–7% des entsprechenden Wertes in der EU-15.[81] Allerdings hat die

75 Emil Daniel *Tesliuc*, Politica agricolă: realizări şi provocări [Landwirtschaftspolitik: Erfolge und Herausforderungen], in: Christof *Rühl*/Daniel *Dăianu* (Koord.), Tranziţia economică în România: trecut, prezent şi viitor [Wirtschaftliche Transformation in Rumänien: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft], Bukarest 1999, S. 117–183.

76 *European Commission, Directorate General for Agriculture* (Hg.), Country Report on Romania [wie Fn. 32], S. 26.

77 Ioana *Speteanu*, Spectrul speculei frânează liberalizarea pieţei terenurilor [Das Gespenst der Spekulation behindert die Liberalisierung des Bodenmarkts], in: Capital, (24.4.2003) 17.

78 Je kleiner die Betriebe, desto geringer sind die Anreize für ausländische Investoren und entsprechend länger wird der Prozeß der Umstellung auf große, zusammenhängende Produktionseinheiten dauern, schreibt Thomas *Kreyenbühl*, Die Osterweiterung ist für die Beitrittsländer nicht nur ein Segen, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.6.2003.

79 Alexandru Dan *Dincă*, Piaţa pământului se învârte cu mare viteză [Der Bodenmarkt dreht sich mit großer Geschwindigkeit], in: Capital (6.3.2003) 10.

80 Siehe dazu Alain *Pouliquen*, Competitiveness and Farm Incomes in the CEEC Agri-Food Sectors. Implications before and after Accession for EU Markets and Policies, Oktober 2002, <http://europa.eu.int/comm/agriculture/publi/reports/ceeccomp/sum_en.pdf>, S. 11, und Gertrud *Buchenrieder*/Judith *Knüpfer*, Ländliche Armut in Transformationsökonomien – Wirtschaften ohne außerlandwirtschaftliches Einkommen, Oktober 2001, <www.fal.de/gewisola/dokumente/volltexte/buchenr_knupfer.pdf>.

81 Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – Kontinuität

bisherige Entwicklung in den Transformationsstaaten erkennen lassen, daß auch kleine Subsistenzbetriebe wettbewerbsfähig sein können. In Polen sieht man in diesen Kleinbetrieben, die keine kostenträchtigen Investitionen benötigen, auf längere Sicht sogar den Schlüssel zu einer im EU-Sinne nachhaltigen landwirtschaftlichen Entwicklung.[82] Ähnliches deutet sich auch in Rumänien an, wo in den letzten Jahren eine Reihe kleiner bäuerlicher Betriebe von den traditionellen Pflanzenkulturen wie Weizen und Mais auf die Erzeugung von »Nischen«-Produkten wie Soja, Raps, Senfkörner, Tabak, Safran, Koriander, Hanf oder Flachs umgestellt haben. Diese Erzeugnisse verursachen niedrige Produktionskosten und versprechen eine schnellere Rendite. Im Bereich der Tierhaltung ist die Rückkehr zur Züchtung lange Zeit vernachlässigter Arten wie Gänse *(foie gras)*, Enten, Wachteln, aber auch die Hinwendung zu neuen, exotischen Arten (Strauße) zu beobachten.[83]

Ein weiterer komparativer Vorteil für rumänische Landwirte könnte auch im Bereich ökologisch wirtschaftender Betriebe liegen, die in der Vorbeitrittsphase auch durch das Sapard-Programm unterstützt werden. Rumänien ist reich an natürlichen Ökosystemen (47% des gesamten Territoriums) und beherbergt eine große Vielfalt von Arten.

Rumänien hat seine Chance erkannt, den aktuellen Wettbewerbsnachteil geringer Inputs in den komparativen Vorteil ökologischen Landwirtschaftens umzuwandeln. Seit 2000 wirkt auch der Gesetzgeber auf diesem Gebiet. Es wurde bereits eine Behörde eingerichtet, die für die Akkreditierung ökologischer Erzeugnisse und für die Anpassung der rumänischen Produktions- und Inspektionsvorschriften an das EU-Regelwerk zuständig ist. Ökologisch erzeugte Produkte verzeichnen hohe Wachstumsraten.[84] Da ein heimischer Markt für die notwendigerweise teureren organischen Qualitätsprodukte wegen der generell niedrigen Kaufkraft praktisch nicht existiert, wird nahezu die gesamte Produktion in die Bundesrepublik, die Niederlande und die Schweiz exportiert.

gefragt, in: Agrarmärkte in Zahlen. Mittel- und Osteuropa 2002. Tier- und Pflanzenproduktion, Bonn 2002, S. 85.

82 *Committee on the Environment, Agriculture and Local and Regional Affairs*, Agriculture and Enlargement of the European Union, Report, 21.5.2003, DOC.9812.

83 Capital, (17.10.2002) 42, und (30.1.2003) 5.

84 Alexandru *Boariu*, Agricultura ecologică – un atu al României în procesul de integrare în UE [Die ökologische Landwirtschaft – ein Standortvorteil Rumäniens im EU-Integrationsprozeß], in: Adevărul, 20.5.2003.

Ausblick

Der späte Beitrittstermin 2007 stellt für Rumänien kein Handicap dar, sondern möglicherweise sogar eine Chance. Das Land könnte und sollte die »Gnade des späten Beitritts« nutzen, um bereits während der Vorbeitrittsphase die institutionellen und technischen Voraussetzungen für eine umfassende Umsetzung des landwirtschaftlichen *acquis* und der GAP zu schaffen. In diesem Sinne hat Rumänien die Chance:

- seine Taktik der Beitrittsverhandlungen an den Beitrittsstrategien der bereits 2004 beitretenden neuen EU-Mitgliedskandidaten auszurichten und die Verhandlungen schneller voranzutreiben;
- nach dem Beitritt der ersten Staatengruppe im Jahre 2004 auch über einen größeren Anteil an den Vorbeitrittsfonds Sapard und Phare zu verfügen;
- das spätere Beitrittsjahr 2007 dafür zu nutzen, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern und eventuell höhere Erträge zur Berechnungsgrundlage künftiger Direktzahlungen zu machen;
- Verwaltungsstrukturen aufzubauen und die Verteilung der nach dem Beitritt zu erwartenden Transfers zu erleichtern.

Für die Phase nach dem Beitritt von acht ostmitteleuropäischen Kandidatenstaaten im Mai 2004 muß sich Rumänien auf neue, zeitlich begrenzte Veränderungen einstellen, etwa auf den Wegfall von Transitkosten und auf Verluste durch den Verzicht auf Zollgebühren. Für potentielle Investoren könnten sich in Rumänien nach dem EU-Beitritt der anderen ostmitteleuropäischen Staaten und der in diesen Staaten zu erwartenden Angleichung an das – höhere – Preis- und Lohnniveau der EU-15 zusätzliche Anlageanreize ergeben.

Bis zum geplanten Beitritt im Jahr 2007 wird sich in Rumänien der Wandel der landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen beschleunigen und der bereits angelaufene Prozeß der Konsolidierung und Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe wird weiter fortschreiten. Binnen weniger Jahre wird voraussichtlich eine relativ große Zahl der betagten Besitzer der restituierten Kleinbetriebe versterben oder aus Altersgründen die landwirtschaftliche Tätigkeit nicht mehr ausüben können.[85] Für die Städter unter ihnen oder deren Erben dürfte die Verlockung bzw. der Druck, Parzellen zu verkaufen, in dem Maße wachsen, in dem sich der Agrarmarkt positiv entwickelt und das Inter-

85 IMF Country Report Nr. 03/12, Washington, D.C.: IMF, 2002.

esse westlicher Investoren am Kauf rumänischen Agrarlands anhält. Sollten die Direktzahlungen der EU einem Teil der Subsistenzbetriebe nach dem Beitritt zeitweilig bessere Überlebenschancen bieten,[86] wäre das für eine Übergangszeit aus Gründen der wirtschaftlichen Sicherheit und des sozialen Friedens sogar zu begrüßen.[87]

Mit einem weiteren Zuwachs der ländlichen Bevölkerung und der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist aber keinesfalls zu rechnen. Ganz im Gegenteil: Sollte sich im günstigen Falle – dessen Eintreten nicht zuletzt auch von der internationalen Konjunkturentwicklung abhängt – der Aufschwung der rumänischen Wirtschaft mit dem Beitritt zur EU fortsetzen und sollte die Zahl der ausländischen Direktinvestitionen ansteigen, könnte es sogar recht bald zu einer Umkehrung des nach der Wende registrierten Migrationstrends zurück in die Städte kommen.

Das Tempo der Modernisierung der rumänischen Landwirtschaft wird ebenso wie der Erfolg ihrer Eingliederung in das System der GAP wesentlich von der künftigen nationalen Konjunkturentwicklung bestimmt. Viel wird davon abhängen, ob es gelingen wird, das seit dem Jahre 2000 registrierte Wirtschaftswachstum auf einem Niveau zwischen vier und fünf Prozent zu halten, den Gang der gesamtwirtschaftlichen Reformen zu beschleunigen und eventuelle soziale Spannungen abzufedern. Da sich der wirtschaftliche Aufschwung Rumäniens großenteils auf den Export stützt, kann er sich nur einstellen, wenn die Konjunkturentwicklung in der EU als dem wichtigsten Handelspartner wieder einen positiven Verlauf nimmt. Sehr wichtig ist auch, daß die dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen künftig verstärkt in die rumänische Wirtschaft fließen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine klar terminierte Garantie für einen Beitritt zur EU, aber auch zur Nato jene politischen Voraussetzungen schaffen kann, die ausländische Großkonzerne und Banken zu Investitionen spürbaren Umfangs in den europäischen Transformationsstaaten motivieren.[88]

86 John *Van Oudenaren*, The Changing Face of Europe: Enlargement and Implications for Transatlantic Relations, Washington, D.C.: American Institute for Contemporary German Studies, 2003 (AICGS Policy Report Nr. 6, 2003), S. 34.

87 Simulationsrechnungen kamen zu dem Ergebnis, daß das Einkommen eines durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebs mit 20 ha Nutzfläche nach dem Beitritt um bis zu 30% ansteigen würde. Im Falle Rumäniens wurde das Einkommen sogar um das Zwei- bis Dreifache über dem gesamtwirtschaftlichen Einkommensdurchschnitt liegen, wenn die Direktzahlungen in voller Höhe ausgezahlt würden – angesichts der niedrigen durchschnittlichen Betriebsgrößen eine eher unrealistische Kalkulation. Siehe hierzu: *European Commission, Directorate General for Agriculture*, Analysis of the Impact on Agricultural Markets and Incomes of EU Enlargement to the CEECs, März 2002; Ost-Bauern profitieren von EU-Erweiterung, in: Neue Zürcher Zeitung, 19.3.2002.

88 Vollmitgliedschaft gehe einher mit »rechtlicher und institutioneller Sicherheit« (András *Inotai*, Europa nach der »Osterweiterung«. Reformbedarf an allen Ecken und Enden, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.4.2003).

Anhang

Tabellen

Tabelle 1
Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Art der Nutzung und nach Rechtsstatus der landwirtschaftlichen Betriebe

Landwirtschaftliche Nutzfläche	*Betriebe insgesamt*	*davon Einzelbetriebe*		*davon Einheiten mit Rechtspersönlichkeit*	
		Anzahl	*Prozent*	*Anzahl*	*Prozent*
Insgesamt, davon	13 939,5	7 715,6	55,4	6 223,9	44,6
Ackerfläche	8 768,9	5 412,0	61,8	3 345,9	38,2
Hausgärten	202,1	201,8	99,9	0,3	unter 1%
Natürliche Weidefläche	4 634,6	1 876,1	40,5	2 758,5	59,5
Ständige Kulturen	343,9	224,7	65,3	119,2	34,7

Quelle: *Secretariatul Tehnic Central. Institutul Naţional de Statistică [Technisches Sekretariat des Nationalen Amtes für Statistik]* (Hg.), Recensământul General Agricol. Rezultate Preliminare [Landwirtschaftlicher Zensus. Vorläufige Ergebnisse], Juni 2003, <http://www.recensamantagricol.ro>.

Tabelle 2
Indikatoren der rumänischen Landwirtschaft nach Rechtsstatus der landwirtschaftlichen Betriebe

Indikatoren	*Maß-einheiten*	*Betriebe insgesamt*	*davon Einzelbetriebe*		*davon Einheiten mit Rechtspersönlichkeit*	
			Anzahl	*Prozent*	*Anzahl*	*Prozent*
Landwirtschaftliche Betriebseinheiten	1000	4 759,7	4 736,6	99,5	23,1	0,5
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1000 ha	13 939,5	7 715,6	55,4	6 223,9	44,6
Nutzfläche Durchschnitt/Einheit	ha	2,9	1,6	–	269,3	–
Bewässerte Fläche	1000 ha	408,4	93,0	22,8	315,4	72,2
Physische Traktoren	1000	173,4	133,0	76,6	40,4	23,3
Tierbestand						
Rinder	1000 Stück	2 864,9	2 731,0	95,3	133,9	4,7
Schweine	1000 Stück	8 229,3	6 969,6	84,7	1 259,7	15,3
Schafe	1000 Stück	7 220,8	6 990,9	96,8	229,9	3,2

Quelle: *Secretariatul Tehnic Central. Institutul Naţional de Statistică [Technisches Sekretariat des Nationalen Amtes für Statistik]* (Hg.), Recensământul General Agricol. Rezultate Preliminare [Landwirtschaftlicher Zensus. Vorläufige Ergebnisse], Juni 2003, <http://www.recensamantagricol.ro>.

Tabelle 3
Staffelung der Kreise nach landwirtschaftlicher Nutzfläche und nach Rechtsstatus der landwirtschaftlichen Betriebe

Staffelung der Kreise nach landwirtschaftlicher Nutzfläche	*Anzahl der Kreise*	*Gesamte Nutzfläche der Kreise*	*davon Einzelbetriebe*		*davon Einheiten mit Rechtspersönlichkeit*	
			Anzahl	*Prozent*	*Anzahl*	*Prozent*
bis 250 000 ha	10	2 029,4	1 210,0	59,6	819,4	40,4
250 000–350 000 ha	16	4 743,0	2 805,7	59,1	1 938,2	40,9
350 000–450 000 ha	10	3 884,6	2 040,7	52,5	1 843,9	47,5
über 450 000 ha	6	3 281,6	1 659,2	50,6	1 622,4	49,4
Rumänien ingesamt	42	13 939,5	7 715,6	55,4	6 223,9	44,6

Quelle: *Secretariatul Tehnic Central. Institutul Naţional de Statistică [Technisches Sekretariat des Nationalen Amtes für Statistik]* (Hg.), Recensământul General Agricol. Rezultate Preliminare [Landwirtschaftlicher Zensus. Vorläufige Ergebnisse], Juni 2003, <http://www.recensamantagricol.ro>.

Tabelle 4
Bevölkerungsstruktur Stadt–Land 1992 und 2002

	1992		*2002*		*2002 versus 1992*
	Anzahl Personen	*Prozent*	*Anzahl Personen*	*Prozent*	*Prozent*
Insgesamt	22 810 035	100,0	21 698 181	100,0	95,8
Stadt	12 391 819	54,3	11 436 736	52,7	92,3
Land	10 418 216	45,7	10 261 445	47,3	98,5

Quelle: Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung vom 18. bis 27.3.2002, <www.insse.ro/rpl2002rezgen/rg2002.htm>.

Tabelle 5
Bevölkerung, Einkommen, Beschäftigungsrate in ländlichen Gebieten nach Regionen im Jahre 1999

Land / Regionen	*Bevölkerungsdichte Personen/qkm*	*Anteil landw. Bevölkerung %*	*BIP/Kopf / EU Prozent*	*Arbeitslosenrate Prozent*	*Partizipationsrate Prozent*
Rumänien	94,4	44,0	28,2	6,2	65,0
Nordost	103,8	57,7	21,6	7,1	67,9
Südost	82,5	43,9	28,4	7,3	60,8
Süd	101,6	50,7	25,3	6,3	67,5
Südwest	83,0	58,6	26,5	5,4	70,6
West	63,6	39,5	32,4	6,6	63,9
Nordwest	83,6	41,6	26,0	5,6	64,0
Zentrum	77,6	33,2	31,8	7,1	61,8
Bukarest	1 243,3	6,5	40,3	3,4	62,0

Quelle: Klaus *Frohberg*/Steffen *Abele*, The Rural Economies in the EU Accession Countries, in: Ieda *Osamu* (Hg.), Transformation and Diversification of Rural Societies in Eastern Europe and Russia, Hokkaido 2001, S. 311–340.

Tabelle 6
Struktur der rumänischen Lebensmittelindustrie 1999

	Anteil 1999 (in %)		*Gesamtwachstum 1997–1999 (in %)*		
	der Produktion	*Beschäftigte*	*Produktion (in Lei)*	*Produktion (in Euro)*	*Beschäftigte*
Fleisch	17,3	14,4	–29,0	–79,0	–16,5
Fisch	0,3	0,5	–57,7	–74,3	–39,3
Obst und Gemüse	2,0	3,6	109,4	–65,9	–39,0
Öle	7,1	3,1	–74,1	–71,7	–10,5
Milchprodukte	6,8	8,7	–57,2	–74,4	–18,9
Getreidemühlen	9,4	7,2	–63,2	–94,0	3,5
Tierfutter	2,6	2,1	–19,5	–80,5	–29,4
Andere Lebensmittel	23,0	39,5	112,3	–65,4	–12,3
Getränke	31,1	18,5	161,7	–57,4	–14,2
Tabak	0,4	2,6	187,8	–53,1	–18,6
Lebensmittel insgesamt	100,0	100,0	–64,0	–73,3	–15,5

Quelle: *European Commission – Directorate General for Agriculture, Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries* (Hg.), Key Developments in the Agri-Food Chain and on Restructuring and Privatisation in the CEE Candidate Countries, Halle: Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa, Februar 2003, S. 32.

Tabelle 7
Anteil der Ausgaben für die Landwirtschaft am Staatshaushalt, 1991–1999 (in %)

Jahr	*Anteil*	*Jahr*	*Anteil*
1991	8,9	1996	15,1
1992	23,9	1997	11,0
1993	11,6	1998	10,9
1994	13,8	1999	7,7
1995	13,2		

Quelle: Emil Daniel *Tesliuc*, Politica agricolă: realizări şi provocări [Landwirtschaftspolitik: Erfolge und Herausforderungen], in: Christof *Rühl*/Daniel *Dăianu* (Koord.), Tranziția economică in România: trecut, prezent şi viitor [Wirtschaftliche Transformation in Rumänien: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft], Bukarest 1999, S. 117–183.

Tabelle 8
Außenhandel mit landwirtschaftlichen Lebensmittelprodukten, 1989–2001 (Mio. US-Dollar)

	1989	*1990*	*1991*	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000*	*2001*
Ausfuhren	521	84	261	291	330	399	533	707	594	436	484	338	433
Einfuhren	368	1210	786	992	996	664	895	870	695	1013	795	932	1207
Außenhandelsbilanz	153	−1126	−525	−701	−636	−265	−362	−163	−101	−577	−311	−594	−773
Ausfuhren in % der Einfuhren	142	7	33	29	34	60	60	81	85	43	61	36	35
Landw. Ausfuhr in % der Gesamtausf.	5,0	1,5	6,1	6,7	6,7	6,5	6,7	8,7	7,0	5,2	5,7	3,5	3,8
Landw. Einfuhr in % der Gesamteinf.	4,4	13,1	13,6	16,0	14,8	9,3	8,7	7,6	6,2	8,6	17,6	7,5	7,7

Quelle: *OECD* (Hg.), Watch on Agricultural Support in Non-Member Transition Economies in 1999, Forum in Agricultural Policies in Non-Member Economies, April 2000; *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor [Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten]* (Hg.), Agricultura, industria alimentară și silvicultura după doi ani de guvernare PSD, 2001–2002 [Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und Forstwirtschaft nach zwei Jahren sozialdemokratischer Regierung 2001–2002], Bukarest, Dezember 2002, S. 68.

Tabelle 9
Anteil der Nettoimporte von landwirtschaftlichen Produkten gemessen am internen Gesamtkonsum (in %)*

	1989	*1990*	*1991*	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*
Getreide	−1,4	6,3	8,9	9,0	15,0	2,5	−3,5	−13,0	−7,7	−5,7
Fleisch + Derivate	−1,4	10,0	0,1	−0,7	−3,0	−3,9	1,3	−1,7	−3,0	6,4
Milch + Derivate	−1,6	4,2	1,5	0,9	1,8	0,4	0,5	0,9	0,0	1,1
Zucker	11,0	49,0	42,0	54,0	44,0	44,0	48,0	66,0	45,0	60,0
Gemüse	k.A.	10,5	1,6	9,0	1,7	−0,8	1,3	1,6	0,7	4,2
Obst (ohne Trauben)	−7,7	4,7	5,0	2,4	1,5	11,6	19,0	−0,6	−0,8	7,7

* Importe minus Exporte geteilt durch den gesamten internen Konsum. Das Minuszeichen bezeichnet die Netto-Ausfuhren, die Angaben ohne Minuszeichen sind Netto-Einfuhrdaten.

Quelle: *OECD* (Hg.), Watch on Agricultural Support in Non-Member Transition Economies in 1999, Forum in Agricultural Policies in Non-Member Economies, April 2000; Schätzungen nach rumänischen Daten.

Tabelle 10
Partner im Außenhandel Rumäniens mit landwirtschaftlichen Lebensmittelprodukten im Jahre 2001 (Mio. US-Dollar)

	Ausfuhren	*Einfuhren*	*Bilanz*
Insgesamt	433,0	1207	−744,0
Europäische Union	234,5	389	−154,5
Cefta	62,0	290	−228,0
Republik Moldau	11,0	18	−7,0
Türkei	12,5	49	−36,5
USA	2,5	62	−59,5
Andere Staaten	110,0	399	−289,0

Quelle: *Ministerul Agriculturii, Alimentației și Pădurilor [Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten]* (Hg.), Agricultura României [Die Landwirtschaft Rumäniens], Bukarest 2002, S. 116–118. Das Jahr 2001 war infolge der katastrophalen Mißernte des vorangegangenen Jahres insofern nicht typisch, als bedeutende Agrarimporte getätigt werden mußten und Importüberschüsse im Handel mit allen Partnern erzielt wurden.

Abkürzungen

AICGS	American Institute for Contemporary German Studies
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie
CAP	Common Agricultural Policy
CEEC	Central and Eastern European Countries
Cefta	Central European Free Trade Association
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
Efta	European Free Trade Association
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organisation
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
Gatt	General Agreement on Tariffs and Trade
GMO	Gemeinsame Marktorganisationen
IACS	Integrated Administration and Control System
INLB	Informationsnetz Landwirtschaftliche Buchführung
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LPIS	Land Parcel Identification System
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
Phare	Pologne/Hongrie: Assistance à la Restructuration Économique
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
Sapard	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development (EU)
WTO	World Trade Organization